
Vorsitz: Polen**1371. PLENARSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES**

1. Datum: Donnerstag, 28. April 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr
Unterbrechung: 13.00 Uhr
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
Schluss: 17.20 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński

Vorsitz, Russische Föderation (Anhang 1)

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **DIE FORTGESETZTE AGGRESSION DER
RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN DIE
UKRAINE**

Vorsitz, Ukraine (Anhang 2), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, Monaco, San Marino und der Ukraine) (Anhang 3), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 4), Vereinigtes Königreich (Anhang 5), Albanien (Anhang 6), Schweiz (PC.DEL/614/22 OSCE+), Türkei (Anhang 7), Kanada (Anhang 8), Norwegen (Anhang 9), Georgien (Anhang 10), Island (Anhang 11), Lettland (Anhang 12), Belarus, Parlamentarische Versammlung der OSZE (PA.GAL/21/22 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: **BERICHT DES LEITERIN DER OSZE-MISSION IN MOLDAU**

Vorsitz, Leiterin der OSZE-Mission in Moldau (PC.FR/6/22 OSCE+), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Türkei; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/628/22), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/608/22), Vereinigtes Königreich, Russische Föderation (PC.DEL/609/22 OSCE+) (PC.DEL/610/22 OSCE+), Schweiz (PC.DEL/615/22 OSCE+), Türkei (PC.DEL/633/22 OSCE+), Norwegen (PC.DEL/617/22), Kanada (PC.DEL/612/22/Corr.1 OSCE+), Ukraine, Moldau (Anhang 13)

Punkt 3 der Tagesordnung: **PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN**

- (a) *Fortgesetzte Verbrechen der Ukraine an der Zivilbevölkerung mit Unterstützung einer westlichen Allianz von OSZE-Teilnehmerstaaten:* Russische Föderation (Anhang 14), Frankreich – Europäische Union, Litauen, Deutschland, Vorsitz
- (b) *Anhaltende grobe Verletzungen der Rechte der russischen und russischsprachigen Bevölkerung in einigen westlichen OSZE-Teilnehmerstaaten:* Russische Föderation (PC.DEL/622/22) (PC.DEL/623/22), Frankreich – Europäische Union, Tschechische Republik, Vorsitz
- (c) *Verurteilung von O. Kavala:* Frankreich (auch im Namen von Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Monaco, Norwegen, den Niederlanden, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, der Slowakei, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik und Zypern) (Anhang 15), Schweiz (PC.DEL/619/22 OSCE+), Island (Anhang 16), Türkei (Anhang 17)

Zur Geschäftsordnung: Litauen

Punkt 4 der Tagesordnung: **BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN**

- (a) *Ausarbeitung eines Abwicklungsplans für die Schließung der Sonderbeobachtermission in der Ukraine:* Vorsitz, Generalsekretärin, Frankreich – Europäische Union, Russische Föderation (Anhang 18), Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/626/22)
- (b) *Internationale Geberkonferenz für die Ukraine am 5. Mai 2022 in Warschau und über Videokonferenz:* Vorsitz

- (c) *Besuch des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, vom 25. bis 27. April 2022 in Indien: Vorsitz*
- (d) *Telefongespräch des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit dem Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, S. E. A. J. Blinken, am 25. April 2022: Vorsitz*
- (e) *Gemeinsame Presseaussendung des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, und der Generalsekretärin der OSZE, H. M. Schmid, mit dem Aufruf zur Freilassung der in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine festgehaltenen nationalen Angehörigen der Sonderbeobachtermission der OSZE vom 24. April 2022: Vorsitz*
- (f) *Bekundung der Besorgnis des polnischen OSZE-Vorsitzes über Erklärungen der Russischen Föderation zur behaupteten Lage der russischsprachigen Bevölkerung in Moldau, veröffentlicht am 22. April 2022: Vorsitz*
- (g) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit der Ministerin für auswärtige Angelegenheiten von Schweden, I. E. A. Linde, dem Minister für auswärtige Angelegenheiten von Nordmazedonien, S. E. B. Osmani, und dem Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine, S. E. D. Kuleba, am 8. April 2022 in Rzeszów (Polen): Vorsitz*
- (h) *Treffen der Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, unter anderem mit dem Schwerpunkt Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christinnen und Christen und Angehörigen anderer Religionen, des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Musliminnen und Muslimen und des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung des Antisemitismus mit Vertretern des Europarats, des Menschenrechtskommissars, der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz und des Ausschusses für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats am 11. und 12. April 2022 in Straßburg: Vorsitz*
- (i) *Gemeinsame Erklärung der Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, unter anderem mit dem Schwerpunkt Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christinnen und Christen und Angehörigen anderer Religionen, des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Musliminnen und Muslimen, des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung des Antisemitismus und des Sonderbeauftragten des Europarats für antisemitische, muslimfeindliche und andere Formen von religiöser Intoleranz und Hassverbrechen unter dem Titel „Russland muss die Angriffe auf religiöse Stätten und Gotteshäuser und deren Zerstörung einstellen“, am 13. April 2022: Vorsitz*

Punkt 5 der Tagesordnung: BERICHT DER GENERALESEKRETÄRIN

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts der Generalsekretärin (SEC.GAL/50/22 OSCE+):* Generalsekretärin

- (b) *Ausarbeitung eines Abwicklungsplans für die Schließung der Sonderbeobachtermission in der Ukraine:* Generalsekretärin (SEC.GAL/52/22 OSCE+)

Punkt 6 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 5. Mai 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 2

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

einmal mehr können wir dem vom Vorsitz vorgeschlagenen ersten Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung des Ständigen Rates nicht zustimmen. Wir betrachten dieses Vorgehen nach wie vor als bewussten Versuch, die Arbeit des wichtigsten Beschlussfassungsorgans der OSZE zu „ukrainisieren“ und alle aktuellen Aktivitäten der Organisation dieser Logik unterzuordnen.

Wir fordern die strikte Einhaltung der von uns allen gemeinsam vereinbarten Geschäftsordnung, in der die Zuständigkeiten des Vorsitzes bei der Erstellung der Tagesordnung der Sitzungen des Ständigen Rates festgelegt sind (Abschnitt IV.1(C) Absätze 1 und 3). Darüber hinaus erinnern wir erneut daran, dass die Leitlinien für das Mandat des amtierenden Vorsitzes zu beachten sind, wie sie durch den Beschluss des Ministerrats von Porto 2002 genehmigt wurden (Absatz 2). Das derzeitige Vorgehen des Vorsitzes steht eindeutig im Widerspruch zu den von allen Teilnehmerstaaten vereinbarten Grundsätzen und berücksichtigt nicht die gesamte Bandbreite ihrer Meinungen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates der OSZE als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

in dieser Woche gelang es den zuständigen ukrainischen Behörden, die 12-jährige Kira mit ihrem Großvater in Kiew wieder zusammenzubringen.

Russland hatte sie in das besetzte Donezk deportiert, nachdem ihr Vater, ein ukrainischer Wasserballmeister und ehemaliger Kapitän der ukrainischen Nationalmannschaft, in Mariupol von russischen Soldaten getötet worden war.

Ebenso gebührt auch der erschütternden Geschichte der zwangsweisen Deportation von zehntausenden Ukrainerinnen und Ukrainern aus den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine nach Russland besondere Aufmerksamkeit. Die Rückkehr dieser Menschen in ihr Heimatland wird ein mühsamer Kampf für unsere Bürgerinnen und Bürger werden.

Damit die Deportierten rückgeführt werden können, braucht es auch die aktive und engagierte Mitwirkung internationaler Institutionen.

Ich fordere die OSZE-Strukturen auf, die zwangsweise Deportation, ein Kriegsverbrechen, genau zu verfolgen, um die richtigen praktischen Schritte zur Bewältigung dieser Herausforderung festzulegen und durchzuführen.

Russland hat ganz im Stil seiner seit Jahrhunderten gepflogenen Politik der Vertreibung ganzer Völker aus ihrer Heimat sogenannte Filtrationslager eingerichtet, insbesondere in der Nähe von Mariupol.

Diese sind eigentlich nichts anderes als Konzentrationslager, wie sie früher von den Nazis und den Sowjets errichtet wurden, um den Willen der Menschen zu brechen oder sie zu vernichten.

Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass die Russen Kinder deportieren, mit dem Ziel, sie vergessen zu lassen, wo sie zuhause sind und woher sie kommen.

Russland verfolgt auch das Ziel, die ukrainische Identität zu zerstören. In allen besetzten Gebieten verbietet Russland den Gebrauch der ukrainischen Sprache und von Büchern in Ukrainisch, führt den Unterricht in russischer Sprache ein und setzt das russische System einer dogmatischen Ideologie durch.

Russlands Politik gegenüber der Ukraine ist nach wie vor auf Ausrottung, Deportation und kulturelle Auslöschung ausgerichtet. Wie schon vor Jahrzehnten. Wie schon vor Jahrhunderten.

Seit 2014 ist die vorübergehend besetzte Halbinsel Krim zu einem weiteren Übungsfeld dieser Politik geworden.

Letzte Woche erst erinnerte uns das Urteil gegen Mustafa Dschemilew, den Führer des krimtatarischen Volkes, daran, dass Russland die Krimtataren noch immer verfolgt, vertreibt oder zur Flucht von der besetzten Halbinsel Krim zwingt.

Der Kreml wiederholt die schlimmsten verbrecherischen Strategien des Sowjetregimes, das 1944 hunderttausende Krimtataren, darunter auch den sieben Monate alten Mustafa Dschemilew und seine Familie, aus ihrer Heimat Krim deportierte.

Heute wiederholt sich die Geschichte. Seit Beginn der vorübergehenden Besetzung der Krim wurden mehr als 64 000 ukrainische Staatsangehörige gezwungen, die Halbinsel Krim zu verlassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte an eine andere tragische Geschichte erinnern, an die der dreimonatigen Kira, die zusammen mit ihrer Mutter und ihrer Großmutter am Karsamstag in Odessa getötet wurde.

Stellen Sie sich das einmal vor. In einer Sekunde löscht eine russische Rakete Angehörige von drei Generationen einer Familie aus.

An diesem Tag schlugen sieben Raketen in Odessa ein.

Der totale Angriffskrieg geht nun in seinen dritten Monat und nach wie vor terrorisiert Russland die ukrainische Bevölkerung mit ständigen Raketenangriffen.

So heulten etwa in Kyjiw die Fliegeralarmsirenen mehr als dreihundert Mal, insgesamt mehr als fünfhundert Stunden lang – das sind rund 40 Prozent der Gesamtzahl der Stunden, die der Krieg bisher gedauert hat.

Russland betreibt auch nuklearen Terrorismus. Am 36. Jahrestag der Tragödie von Tschernobyl zündete Russland zwei Flugkörper über dem Kernkraftwerk Saporischschja.

Die tieffliegenden Flugkörper gefährdeten die Sicherheit des Werkes und weltweit.

Gleichzeitig stehen Charkiw und seine Region nach wie vor unter ständigem Artilleriefeuer. Auch die Regionen Luhansk und Donezk sind intensiven Angriffen ausgesetzt.

Russland fährt fort, die kritische Infrastruktur der Ukraine zu zerstören. Allein am 25. April wurden innerhalb einer Stunde fünf Bahnhöfe in den Regionen im Zentrum und im Westen der Ukraine getroffen.

Gestern wurde eine Eisenbahnbrücke in der Region Odessa zum zweiten Mal getroffen.

Unterschiedslose Angriffe fordern weiterhin das Leben friedlicher Zivilistinnen und Zivilisten, unter ihnen auch Kinder.

Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft wurden bisher 215 Kinder getötet und mehr als 390 verletzt. Tatsächlich könnten diese Zahlen sogar noch weitaus höher liegen, da immer wieder neue Massengräber und Beerdigungsstätten gefunden werden.

Während die russischen Invasionsstruppen Verbrechen begehen und morden, setzen sie die Vorbereitungen für die Abhaltung sogenannter „Referenden“ in den vorübergehend besetzten Gebieten der Südukraine fort.

In Wirklichkeit geht Russland nach demselben Ablaufplan vor, den es 2014 auf der Krim und in den ukrainischen Regionen Luhansk und Donezk verfolgt hat.

Doch die ukrainische Bevölkerung leistet weiterhin entschlossenen Widerstand gegen die von den russischen Besatzern eingesetzten Verwaltungen. Gestern, am 27. April, gingen die Ukrainerinnen und Ukrainer in Cherson auf die Straße, um gegen die Pläne zur Durchführung eines Scheinreferendums zu protestieren.

Nachdem friedlich Demonstrierende angegriffen und einige von ihnen verletzt wurden, ist offensichtlich, dass Moskau ein unverhohlenen Manipulationsprogramm vorbereitet, um in der Südukraine sogenannte „Volksrepubliken“ zu errichten.

Welches Ergebnis dieses inszenierte „Plebiszit“ auch immer bringt – es wird null und nichtig sein. Zugleich beweisen diese Pläne einmal mehr, dass Putin das Ziel verfolgt, die Bevölkerung der Ukraine zu spalten und die Ukraine zu zerschlagen

Anfang dieser Woche bestätigte Nikolai Patruschew, einer der engsten Verbündeten von Wladimir Putin, in einem Interview diese Pläne und drohte der Ukraine mit der Teilung.

Während sich die Sicherheitslage in der Ukraine verschärfte, wurden auch Erklärungen des russischen Militärkommandos bekannt, denen zufolge es die Absicht habe, den gesamten südlichen Teil der Ukraine einzunehmen und einen Landkorridor zur transnistrischen Region der Republik Moldau zu schaffen.

Wir fordern die russische Seite auf, ihre auf eine Destabilisierung der moldauischen Region Transnistrien abzielenden Provokationen einzustellen.

Wir möchten auch darauf hinweisen, dass das russische Militärkommando in der vergangenen Woche erklärt hat, dort würden angeblich die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung verletzt.

Wie wir bei zahlreichen Gelegenheiten gesehen haben, setzt Russland die russische Sprache immer wieder als Waffe gegen seine Nachbarn ein, um seine territorialen Ansprüche und neoimperialistischen Ambitionen zu legitimieren.

Angesichts dessen bauen wir auf eine angemessene Reaktion des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten der OSZE. Die Zeit der stillen Diplomatie ist vorbei.

Das einzige Gebiet, in dem wir und die OSZE uns aktiv um die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung kümmern sollten, ist Russland selbst, wo Menschenrechte keinen Platz haben und es keine Wahlfreiheit gibt.

Abgesehen von der Sprache hat Russland mit der Einstellung der Gaslieferungen an eine Reihe europäischer Länder auch eine weitere seiner Waffen – die Erdgas- und Erdöllieferungen – gezeigt. Das ist etwas, was wir schon seit Langem wissen und immer wieder erlebt haben. Allerdings hat Russland damit auch gezeigt, wie unzuverlässig es als Energielieferant ist.

Russland ist auch als OSZE-Teilnehmerstaat unzuverlässig, da es die Organisation ausschließlich als Plattform für die Verbreitung seiner Propaganda nutzt.

Darüber hinaus hat Russland die OSZE herausgefordert und gedemütigt, indem es auch örtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) angegriffen hat.

Wir sind dem OSZE-Vorsitz und der Generalsekretärin für ihre gemeinsame Erklärung zu diesem Thema dankbar. Das war ein angemessener Schritt zur rechten Zeit.

Schließlich geht es hier um Menschen, ihr Leben und ihre Gesundheit.

Personalangehörige der SMM werden von den russischen Angreifern physisch und psychisch unter Druck gesetzt, um sie zu Geständnissen zu zwingen, mit denen sie sich selbst belasten.

Russland versucht, die SMM zu verunglimpfen, um zu verschleiern, welche destruktive Rolle es bei den Aktivitäten der Mission gespielt hat, und wie es eine friedliche Lösung des bewaffneten Konflikts zwischen Russland und der Ukraine in den letzten acht Jahren blockiert hat.

Russland muss mit diesen Angriffen aufhören und dafür zur Rechenschaft gezogen werden, wenn nötig mit einer Neubewertung der Rolle und Stellung, die Moskau in der OSZE innehat.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Mariupol bleibt eine offene Wunde der Ukraine.

Mehr als sechshundert verletzte Verteidigerinnen und Verteidiger der Ukraine und über tausend örtliche Zivilistinnen und Zivilisten sind im Stahlwerk Asowstal in Mariupol eingeschlossen.

Das Werk ist nahezu zerstört. Allein in der Nacht zum 26. April wurden 35 schwere Bomben über Asowstal abgeworfen, das nach wie vor vielen Einwohnerinnen und Einwohnern von Mariupol als Zufluchtsort dient.

Und so möchte eine Frage wiederholen, die ich auf der letzten Sitzung des Ständigen Rates gestellt habe. Warum greift das russische Militär Asowstal weiterhin an, obwohl der russische Präsident eindeutig den Befehl erteilt hat, den Artilleriebeschuss einzustellen?

Bedeutet es, dass der russische Präsident die Kontrolle über seine eigene Armee verloren hat? Oder wollte Putin uns nur täuschen, wie er es üblicherweise tut, um unsere Aufmerksamkeit von etwas abzulenken?

Ist es dieselbe Art von Manipulation, mit der die Russen sogenannte humanitäre Korridore ankündigen?

Leider wissen wir, was eine Zusage der Russen wert ist. Sie halten einfach nicht Wort.

Wir alle erinnern uns noch sehr gut an Ilowajsk, als Russland einen grünen Korridor für die Verteidigerinnen und Verteidiger der Ukraine versprach und diese dann mit Schüssen auf die Evakuierungskonvois einfach hinrichtete.

Mariupol steht auch für das Leid und den Schmerz der besetzten Ukraine.

Diese Woche wurde auch bekannt, dass zwei talentierte kleine Mädchen, Jelisaweta und Sonja, in Mariupol getötet wurden.

Sie waren Schauspielerinnen am Theater von Mariupol, wo sie beide die Rolle der Lucy in „Der Löwe, die Hexe und der Kleiderschrank“, der Dramatisierung eines Fantasy-Romans für Kinder von C. S. Lewis, spielten.

Es ist bezeichnend, dass die Idee zu diesem Roman kurz nach Beginn des Zweiten Weltkriegs entstand, als Kinder in London vor den Luftangriffen der Nazis fliehen mussten.

Es ist unfassbar, dass Putin heute die Geister der Vergangenheit beschwört, in dem Versuch, Europa und die Welt nach seinen Vorstellungen umzugestalten.

Aus den Lehren des Zweiten Weltkriegs wissen wir jedoch, wie wir diesem absoluten Bösen den Garaus machen können. Dazu gehören die Verschärfung der Sanktionen, die Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine und die Ent-Putinisierung der Weltpolitik.

Und wir sind überzeugt, dass Mariupol dank unserer gemeinsamen Anstrengungen, unserer Solidarität und unserer Einigkeit zu einem Symbol des Widerstands der freien Welt werden kann.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Seit mehr als zwei Monaten führt Russland einen Angriff gegen, einen souveränen, demokratischen und friedlichen Nachbarstaat, die Ukraine. Die Aggression Russlands hat die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst, in der die Menschen vor einer brutalen Aggression in Europa fliehen. Bis heute sind 4 000 Zivilistinnen und Zivilisten, unter ihnen zahlreiche Kinder, getötet worden. Ganze Städte wie Mariupol wurden von den russischen Streitkräften in Schutt und Asche gelegt, zugleich blockiert Russland alle Versuche, eine Vereinbarung über die sichere Durchreise der Zivilbevölkerung zu erreichen. Russland hat nicht einmal den Aufruf des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu einer viertägigen humanitären Waffenruhe während der orthodoxen Osterwoche befolgt. In Butscha, Borodianka, Irpin, Hostomel und anderen Orten wurden Massaker verübt; jeden Tag gibt es Berichte über Zivilpersonen und zivile Infrastrukturen, die offenbar gezielt von den unterschiedslosen Angriffen Russlands getroffen wurden, wie zuletzt in Odessa. Russische Versuche, die ukrainische Eisenbahninfrastruktur zu zerstören, beispielsweise in den Regionen Lemberg, Schytomyr, Riwne, Dnipropetrowsk, Donezk und Winnyzja, fordern ebenfalls Opfer unter der Zivilbevölkerung und behindern die Flucht in sichere Gebiete. Wir sind entsetzt über die zahlreichen Aussagen und Schilderungen von Menschen, die aus den von Russland besetzten Gebieten kommend über Zwangsdeportationen nach Russland, auch in sogenannte „Filtrationslager“ berichten, ebenso wie über die systematische Anwendung von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung durch die russischen Streitkräfte, einschließlich sexueller Gewalt, Vergewaltigung und Folter; viele dieser Handlungen würden den Tatbestand von Kriegsverbrechen erfüllen. Die Verantwortlichen werden zur Rechenschaft gezogen werden.

Mehr als 5,2 Millionen Menschen sind ins Ausland geflohen, um dem russischen Angriffskrieg zu entkommen, Millionen von Menschen wurden zu Binnenflüchtlingen. Diese Vertreibung bringt eine Vielzahl von Sicherheitsrisiken mit sich, darunter ein erhöhtes Risiko, Opfer von sexueller Gewalt und Menschenhandel zu werden, eine Gefahr, die insbesondere Frauen und Mädchen betrifft. Die Lage von Personen, die zu besonders schutzbedürftigen Gruppen gehören, darunter unbegleitete und von ihren Familien getrennte Kinder, Personen in Heimen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, erfordert besondere Aufmerksamkeit. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten werden die Ukraine und das ukrainische Volk weiterhin auf jede erdenkliche Weise unterstützen. Daher

stellen wir denjenigen, die vor der russischen Gewalt fliehen, Unterkunft sowie humanitäre, medizinische und finanzielle Hilfe zur Verfügung und gewähren ihnen Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden in Zusammenarbeit mit dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und anderen einschlägigen Einrichtungen auch dafür sorgen, dass den Bedürfnissen von Kindern und deren Familien umgehend und konkret Rechnung getragen wird, wobei unbegleiteten Kindern besondere Aufmerksamkeit zukommt.

Darüber hinaus verurteilt die Europäische Union aufs Schärfste die Gefangennahme von ukrainischen Angehörigen der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) durch von Russland unterstützte bewaffnete Formationen in den ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk. Das ist völlig inakzeptabel, und wir fordern ebenso wie der polnische Amtierende Vorsitzende, Außenminister Rau, und OSZE-Generalsekretärin Schmid ihre sofortige Freilassung. Die nationalen Mitglieder der SMM sind nach wie vor in dieser Funktion rechtlich geschützt, obwohl das SMM-Mandat nicht verlängert wurde. Wir verurteilen auch die bedauerlichen Akte der Einschüchterung, der Belästigung und der feindseligen öffentlichen Rhetorik gegen die SMM und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mission. Das muss sofort aufhören. Mit dem Sammeln objektiver Informationen, ihren unparteiischen Berichten, der Erleichterung des Dialogs zwischen den Konfliktparteien und der Aushandlung örtlicher Feuerpausen hat die SMM wertvolle Dienste geleistet.

Wir verurteilen auch erneut aufs Schärfste die Versuche Russlands, in Cherson, Mariupol und anderen Städten in der Ukraine unrechtmäßige alternative Verwaltungsstrukturen einzurichten. Jedwede Versuche Russlands, sogenannte Referenden mit vorgehaltener Waffe durchzuführen, um neue „Volksrepubliken“ auszurufen, sind rechtswidrig und sinnlos und werden von uns nicht anerkannt werden. Wir fordern Russland auf, alle demokratisch gewählten ukrainischen Amtsträgerinnen und Amtsträger, die sich in russischer Haft befinden, unverzüglich freizulassen.

Neben der furchtbaren menschlichen Tragödie zielt Präsident Putin mit seinem Krieg auch darauf ab, die Identität, die besondere Geschichte und die Kultur der Ukraine zu zerstören und ihr kulturelles Erbe zu bedrohen. Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) hat bestätigt, dass bisher mindestens 53 historische Stätten, Sakralbauten und Museen durch die russische Militäraggression beschädigt wurden. Historische Stadtkerne wie etwa in Tschernihiw und Charkiw wurden von russischen Luftangriffen getroffen, die Holocaust-Gedenkstätte Babyn Jar in Kyjiw und das Holocaust-Gedenkzentrum in Drobitzkij wurden angegriffen, ebenso wie das Historische und Heimatkundemuseum von Iwankiw, wobei wertvolle Werke der Volkskünstlerin Maria Prymatschenko aus dem 20. Jahrhundert zerstört wurden. Durch den russischen Angriff werden auch UNESCO-Kulturerbestätten gefährdet; mit besonderer Sorge erfüllt uns, dass es zu Plünderungen und dem illegalen Handel mit ukrainischem Kulturgut kommen könnte und Archive und Bibliotheken unwiederbringlich verloren sein könnten. Wir erinnern daran, dass Russland durch das Haager Übereinkommen von 1954 verpflichtet ist, Kulturgüter in bewaffneten Konflikten zu schützen, und dass die vorsätzliche Ausrichtung von Angriffen auf geschützte Kulturerbestätten ein Kriegsverbrechen darstellt. Wir verlangen, dass Russland seine Angriffe auf Kulturerbestätten unverzüglich einstellt.

Darüber hinaus verurteilt die Europäische Union kategorisch die Desinformationskampagne Russlands, einschließlich der unbegründeten Behauptungen und falschen

Anschuldigungen, dass die Ukraine den Einsatz chemischer Waffen vorbereite oder biologische Waffen entwickelt habe. Die Ukraine kommt ihren Verpflichtungen aus dem Chemiewaffenübereinkommen und dem Übereinkommen über biologische Waffen und Toxinwaffen in vollem Umfang nach. Russland hingegen hat in den letzten Jahren wiederholt chemische Waffen eingesetzt und damit gegen seine Verpflichtungen aus dem Chemiewaffenübereinkommen verstoßen. Die Europäische Union erinnert Russland daran, dass es von größter Wichtigkeit ist, seine Verpflichtungen aus den einschlägigen internationalen Verträgen einzuhalten.

Die Achtung des menschlichen Lebens und der Menschenwürde ist die Grundlage aller Menschenrechte und Grundfreiheiten. Wir fordern Russland auf, diese Rechte und Freiheiten auch seinen eigenen Bürgerinnen und Bürgern zu gewähren. Die Europäische Union bedauert die Entscheidung des russischen Justizministeriums, die Registrierung von 15 weithin anerkannten Organisationen zurückzunehmen, darunter eine große Zahl prominenter Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen sowie internationaler Lobbygruppen. Dieser zynische Schritt, mit dem die öffentliche Kontrolle und jede abweichende Meinung zum Schweigen gebracht werden sollen, verstärkt die Isolation Russlands noch weiter. Darüber hinaus bedauern wir die Inhaftierung von Wladimir Kara-Mursa, einem Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Politiker, dem nun ein Prozess droht, der ausschließlich auf politisch motivierten Anschuldigungen beruht. Wir verurteilen auch die Verurteilung des Krimtatarenführers Mustafa Dschemilew, der auf der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim aufgrund zweifelhafter Anschuldigungen verurteilt worden ist.

Die Europäische Union verurteilt den vorsätzlichen, nicht provozierten, ungerechtfertigten und brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auf das Allerschärfste. Wir fordern, dass Russland seine Militäraktionen unverzüglich und bedingungslos einstellt und alle seine Truppen und sein Gerät aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine, einschließlich der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim, abzieht. Russland muss auch dringend sichere Wege bereitstellen, sowohl um Zivilistinnen und Zivilisten in andere Teile der Ukraine zu evakuieren als auch für die Lieferung humanitärer Hilfe. Wir fordern auch Belarus erneut auf, die russische Aggression nicht weiter mitzutragen und seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen. Die Europäische Union wird die Ukraine weiterhin nach Kräften unterstützen und die Arbeit an weiteren Sanktionen gegen Russland und Belarus mit Nachdruck vorantreiben. Wir werden auch in Zukunft in voller Solidarität der Ukraine und ihrem Volk zur Seite stehen und sie aktiv unterstützen bis sie obsiegen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹, das Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenzielle Bewerberland Bosnien und Herzegowina und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen, sowie die Ukraine, die Republik Moldau, Georgien, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Der nicht provozierte Angriffskrieg Russlands geht in den dritten Monat und die Ukraine ist so stark, geeint und entschlossen wie eh und je. Das ukrainische Volk setzt sich weiterhin gegen Russlands barbarische Einschüchterungs- und Unterwerfungskampagne zur Wehr. In den vergangenen zwei Monaten haben die mutigen Verteidigungskräfte der Ukraine die bösartigen Angriffe Russlands auf Kyjiw und Charkiw zurückgeschlagen und die russischen Streitkräfte über die Grenze zurückgedrängt. Russland musste einen Fehlschlag hinnehmen, die Ukraine verzeichnet einen Erfolg. Doch die menschlichen und humanitären Kosten des russischen Angriffs sind ungeheuer hoch: Leider sind Butscha, Borodjanka, Mariupol und Irpin nur die ersten von wahrscheinlich vielen Orten, in denen man eines Tages Denkmäler zu Ehren der Opfer der russischen Gräueltaten errichten wird.

Herr Vorsitzender,

mit welchem Mut, mit welcher Solidarität das ukrainische Volk der ungeheuerlichen Aggression Russlands Widerstand leistet, ermutigen die Welt weiterhin. Angesichts des entschlossenen Widerstands der Ukraine konzentrieren die Streitkräfte Putins ihren brutalen Feldzug nun wieder auf den Süden und Osten der Ukraine. Bei seinem Versuch, diese Teile des ukrainischen Hoheitsgebiets zu unterwerfen, geht der Kreml nach einem altgedienten Strategiebuch vor, das bei den dunkelsten Kapiteln der Geschichte Anleihe nimmt.

Uns liegen Informationen vor, wonach die Pläne, die Russland für die weitere Besetzung der Ukraine hat, eine erzwungene Kapitulation der demokratisch gewählten ukrainischen Regierung und auch die Auflösung aller örtlichen Kommunalverwaltungen in der Ukraine vorsehen. In den „befreiten“ Gebieten unter russischer Kontrolle sollen neue Regierungsstrukturen installiert werden.

Russische Amtsträger und sogenannte „Separatisten“ erstellen Pläne für eine neue Regierung und eine neue Verfassung. Zu diesen Plänen gehört auch ein Arbeitsverbot für rechtmäßige ukrainische Führungspersonen und alle, die die legitime Regierung der Ukraine unterstützen, das sie von allen Führungspositionen ausschließt.

Das ist direkt dem russischen Strategiebuch entnommen, demzufolge wiederholt gefälschte „Wahlen“ zur Durchsetzung sogenannter „neuer Realitäten“ benutzt oder auch Pseudoreferenden abgehalten wurden, um der Unterwerfung den Anschein von Legitimität zu verleihen. Wir haben das 2014 mehrfach erlebt, als der Kreml sogenannte Referenden in den ukrainischen Regionen Krim, Luhansk und Donezk inszenierte – jedes Mal mit getürkten Ergebnissen, die eine hohe öffentliche Zustimmung suggerierten. In Wirklichkeit hat Russland Marionettenregime installiert, die von russischen Bestechungsgeldern abhängig sind, und schwammige „Volksräte“ arrangiert, die Pseudoverfassungen erlassen sollten – nichts anderes als ein Versuch, dem Schwindel den Anschein von Legitimität zu verleihen. Darüber hinaus beschallte Russland die örtliche Bevölkerung mit intensiver Desinformation, die die rechtmäßige ukrainische Regierung als einen vom Westen inspirierten Staatsstreich darstellte. Alles Schwindel. Im Laufe der Zeit wurde die Gefahr immer deutlicher sichtbar, sie sollte uns eine deutliche Warnung im Hinblick auf die nächsten Schritte sein, die Russland in jedem weiteren gewaltsam eroberten ukrainischen Gebiet plant.

Herr Vorsitzender,

möglicherweise bereitet der Kreml nun im Süden und Osten der Ukraine – in den Gebieten, die er seit dem 24. Februar widerrechtlich in Besitz genommen hat – Pseudoreferenden vor, wiederum in dem vergeblichen Versuch, seine rechtswidrige Invasion zu legitimieren und sich die Kontrolle über diese Gebiete zu sichern – eine Kontrolle, die das Ergebnis der brutalen Gewaltanwendung Russlands gegen die Ukraine ist. Am Dienstag behaupteten die russischen Streitkräfte, sie hätten die Region Cherson in der Südukraine „befreit“, und sie hätten nun angeordnet, dass künftig der russische Rubel eingeführt wird. Unsere ukrainischen Kolleginnen und Kollegen haben davor gewarnt, dass Russland bald ein Pseudoreferendum in Cherson ansetzen könnte, bei dem die Einwohnerinnen und Einwohner befragt werden dürften, ob sie für die „Unabhängigkeit“ einer „Volksrepublik Cherson“ sind. Natürlich gibt es außerhalb des Lügennetzes des Kremls kein derartiges Gebilde. Und die internationale Gemeinschaft muss klarstellen, dass ein derartiges Referendum niemals als rechtmäßig anerkannt werden wird, so wie das ukrainische Volk bereits deutlich zum Ausdruck gebracht hat, dass es diese russische Invasion niemals billigen wird.

Doch leider haben solche Lügen reale Konsequenzen. Diese fingierten, unrechtmäßigen Referenden werden zweifellos von einer Welle von Übergriffen gegen diejenigen begleitet werden, die sich den Plänen Moskaus widersetzen oder sie vereiteln wollen.

Es ist davon auszugehen, dass Russland seine zwangsweise Überführung der örtlichen Bevölkerung aus den Gebieten im Süden und Osten der Ukraine nach Russland oder in die von Russland kontrollierten Teile des Donbass über sogenannte „Filtrationslager“, intensivieren wird. Glaubwürdigen Berichten zufolge treiben die russischen Streitkräfte die örtliche Zivilbevölkerung in diesen Gebieten zusammen, halten sie in den erwähnten Lagern fest, wo sie brutal verhört werden, um sie nach ihren vermeintlichen Verbindungen zur rechtmäßigen ukrainischen Regierung oder zu unabhängigen Medien zu befragen. Es gibt alarmierende Berichte, wonach diejenigen, bei denen man derartige Verbindungen unterstellt, geschlagen oder gefoltert werden, bevor sie in die sogenannte „Donezker Volksrepublik“ überführt werden, wo sie angeblich verschwinden oder ermordet werden. Berichten zufolge werden viele Zivilpersonen in diesen Filtrationslagern, die das Verhör „bestehen“, nach Russland oder in den russisch kontrollierten Donbass überstellt, auch über Belarus. Nach unseren Informationen entführt, foltert und/oder ermordet Russland gewählte örtliche

Führungspersonen, Journalistinnen und Journalisten sowie zivilgesellschaftliche Aktivistinnen und Aktivisten und auch religiöse Würdenträger.

Das Büro des Bürgermeisters von Mariupol berichtet, dass in der Stadt vier Filtrationslager im Einsatz sind. Die Berichte über diese Lager sind grauenvoll. Eine Frau, die aus Mariupol flüchten konnte, beschrieb ihre Erlebnisse wie folgt: „Die Filtrationslager sind wie Ghettos“ sagte sie. „Die Russen teilen die Menschen in Gruppen ein. Wer verdächtigt wird, Verbindungen zur ukrainischen Armee, zur Territorialverteidigung, zu Journalistinnen und Journalisten oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Regierung zu haben, schwebt in großer Gefahr. Sie bringen diese Menschen in Gefängnisse nach Donezk und foltern sie.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was in diesen Berichten beschrieben wird, weckt grausame Erinnerungen an eine vergangene Zeit. In ein Nachbarland einzumarschieren, seine rechtmäßig gewählte Regierung abzusetzen, seine Bevölkerung in „Filtrationslager“ zu treiben und Pseudoreferenden abzuhalten, in dem durchsichtigen Versuch, seine Aggression mit einem Mäntelchen der Legitimität zu kaschieren, ist durch und durch barbarisch.

Um das zu verhindern, müssen wir alle mit größter Entschlossenheit umgehend handeln. In diesem Rat unsere Besorgnis zu bekunden, ist notwendig, reicht aber bei Weitem nicht aus. Die Vereinigten Staaten sind ihrerseits entschlossen, sich so energisch wie möglich dafür einzusetzen, dass die Ukraine die Unterstützung erhält, die sie zur Verteidigung gegen diesen brutalen Angriffskrieg braucht. Wie Außenminister Blinken und Verteidigungsminister Austin am vergangenen Sonntag in Kyjiw gegenüber Präsident Selenskyj erklärten, beabsichtigen die Vereinigten Staaten, für die Ukraine ausländische Militärhilfe in Höhe von mehr als 322 Millionen US-Dollar freizugeben. Damit beläuft sich die gesamte US-Sicherheitshilfe für die Ukraine seit Beginn der neuerlichen russischen Invasion am 24. Februar auf rund 3,8 Milliarden US-Dollar, das sind etwa 60 Millionen US-Dollar pro Tag.

Verteidigungsminister Austin kündigte in Kyjiw auch an, dass das Verteidigungsministerium die militärische Ausbildung der ukrainischen Soldaten an bestimmten Waffensystemen, die zur Verfügung gestellt werden, ausweiten wird, und er unterstrich, dass die USA alles tun, um die Lieferung dieser Waffen zu beschleunigen, die nun innerhalb weniger Tage nach seiner Ankündigung eintreffen. Die Vereinigten Staaten werden weiterhin die Lieferung von zusätzlichen schweren Waffen, Munition und Ersatzteilen aus anderen Ländern – darunter viele der hier am Tisch vertretenen – an die Ukraine koordinieren. Wir schicken amerikanische Diplomatinen und Diplomaten in die Ukraine zurück, um der ukrainischen Regierung und dem ukrainischen Volk zur Seite zu stehen, und wir werden mit unserem Kongress zusammenarbeiten, um den Betrieb unserer Botschaft in Kiew so bald wie möglich wieder in vollem Umfang aufzunehmen.

Herr Vorsitzender,

der berühmte russische Dissident Alexandr Solschenizyn hat einmal gesagt: „Gerechtigkeit ist Gewissen, kein persönliches Gewissen, sondern das Gewissen der gesamten Menschheit“. Wir alle, die wir heute hier anwesend sind, haben die Pflicht, alles in unserer Macht Stehende zu tun, damit die Gerechtigkeit siegt, die Tyrannei besiegt wird und das Gewissen der Menschheit nicht belastet wird.

Danke, Herr Vorsitzender. Wir ersuchen um Beifügung dieser Erklärung als Anhang zum Journal des Tages.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender. Zu Beginn dieser Woche war die verehrte Botschafterin Norwegens Gastgeberin einer wichtigen Sitzung des Ausschusses zur menschlichen Dimension zum Thema Kinder in bewaffneten Konflikten. Wir haben von verschiedenen Rednerinnen und Rednern und Delegationen über das entsetzliche Leid der ukrainischen Kinder als Folge des von Präsident Putin gewollten Kriegs gehört. Diesem Thema möchte ich mich heute widmen.

Seit unserer letzten Sitzung erleben wir mit Entsetzen die Fortsetzung der Grausamkeiten, die Russland auf ukrainischem Boden verübt, einschließlich der jüngsten Angriffe auf Odessa, die Todesopfer unter der Zivilbevölkerung gefordert haben. Eines der Opfer soll auch ein drei Monate alter Säugling sein, der bei einem Raketenangriff in Odessa getötet wurde. Leider ist dies nur ein Beispiel von viel zu vielen, zu denen auch die Gräueltaten in Irpin und Butscha gehören.

Die Auswirkungen, die der rechtswidrige und nicht provozierte Krieg Russlands auf die 7,5 Millionen ukrainischen Kinder – hinsichtlich Gesundheit, Bildung und Familienleben – nach wie vor hat, sind verheerend. Am 24. März meldete das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), dass innerhalb des ersten Kriegsmonats 4,3 Millionen Kinder vertrieben wurden; das ist mehr als die Hälfte der geschätzten Kinderzahl in der Ukraine. In diesem Monat wurden nach Angaben des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) mindestens 78 Kinder getötet und 105 verletzt. Die tatsächliche Zahl der Opfer liegt wahrscheinlich weitaus höher. Am 22. April erklärte die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine, dass seit Beginn des Krieges 208 Kinder getötet und 386 Kinder verletzt wurden. Wir sind Generalstaatsanwältin Wenediktowa für ihre Bemühungen dankbar, die Auswirkungen des Krieges auf die Kinder in aller Deutlichkeit aufzuzeigen.

Russland setzt seine unterschiedslosen Angriffe auf kritische zivile Infrastruktur, Kinderheime, Schulen, Krankenhäuser und die Wasserversorgungssysteme und Kraftwerke, auf die diese angewiesen sind, fort. Nach wie vor werden die Räume, wo Kinder und Zivilistinnen und Zivilisten Schutz vor dem russischen Ansturm der Gewalt suchen, beschädigt und zerstört.

Nach Angaben des ukrainischen Ministeriums für Bildung und Wissenschaft wurden an die 1 500 Bildungseinrichtungen bombardiert und beschossen, 102 davon wurden vollständig zerstört. Nach Angaben von *Save the Children* sind in der Ukraine seit Beginn des Krieges täglich im Durchschnitt 22 Schulen das Ziel von Angriffen, und die Militäroperationen beeinträchtigen den Schulunterricht für 5,5 Millionen Kinder im Land. Aus den Gebieten, die vorübergehend unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte stehen, gibt es besorgniserregende Berichte über die Einmischung russischer Truppen in den Unterricht ukrainischer Kinder – sie üben Druck auf die Lehrenden aus, auf Russisch und nach dem russischen Lehrplan zu unterrichten.

Die Maßnahmen Russlands haben die Lebensgrundlage und die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Familien in Mitleidenschaft gezogen, so dass viele Eltern nicht mehr genug verdienen, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, und nicht in der Lage sind, ihre Kinder angemessen zu versorgen. Wie wir vergangene Woche bereits erwähnt haben, wurden viele Ukrainerinnen und Ukrainer – auch Kinder – gegen ihren Willen nach Russland deportiert. Das soziale und psychologische Trauma, das die Kinder erlitten haben, wird noch jahrelang nachwirken.

Das Vereinigte Königreich ist stolz darauf, mit seinen Lieferungen lebenswichtiger Hilfsgüter und lebensrettender medizinischer Hilfe an die Bedürftigsten unter besonderer Berücksichtigung der Kinder an den humanitären Bemühungen in der Ukraine an vorderster Stelle mitzuwirken. Die für die aktuelle Krise in der Ukraine in Form von humanitärer und wirtschaftlicher Unterstützung bereitgestellte Hilfe beläuft sich auf rund 400 Millionen Pfund. Wir verdoppeln jedes Pfund der ersten 25 Millionen Pfund, die nach dem Spendenaufruf des *Disasters Emergency Committee Ukraine* eingegangen sind. Der Premierminister hat Anfang der Woche angekündigt, dass wir neue Krankenwagen und Feuerwehrautos sowie Mittel für medizinisches Personal und lebensrettende medizinische Hilfsgüter bereitstellen werden.

Herr Vorsitzender, die Fakten sind bekannt: Der von Präsident Putin gewollte Krieg ist ein Krieg, für den die Kinder den Preis zahlen. Die internationale Gemeinschaft muss sich zusammenschließen und gemeinsam handeln, um Russland für seine Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Die russische Regierung muss für ihre Handlungen zur Verantwortung gezogen werden und dieses Leid beenden. Sie muss ihre Angriffe gleich welcher Art auf die Zivilbevölkerung einstellen, ihre Truppen aus dem gesamten Gebiet der Ukraine zurückziehen und diesen Krieg beenden. Das Vereinigte Königreich wird an seiner unbeirrbareren Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen festhalten. Wir werden nicht ruhen, ehe der Angriffskrieg von Präsident Putin in der Ukraine gescheitert ist. Wir stehen an der Seite der Ukraine.

Danke. Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beifügen zu lassen.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ALBANIENS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Der unprovokierte und ungerechtfertigte Angriff Russlands auf die Ukraine verursacht nach wie vor unermessliches Leid, fordert täglich Menschenleben unter der Zivilbevölkerung, führt zur Zerstörung der zivilen Infrastruktur, zu massenhaften Zwangsdeportationen, zu konfliktbedingter sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und zieht eine humanitäre und wirtschaftliche Krise mit weltweiten Auswirkungen nach sich.

Der Expertenbericht nach dem Moskauer Mechanismus der OSZE spricht von einem eindeutigen Muster von Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der elementarsten Menschenrechte durch die russischen Streitkräfte. Human Rights Watch stellte fest, dass es Beweise dafür gibt, dass die russischen Streitkräfte, die Butscha besetzt haben, das Leben der Zivilbevölkerung und die grundlegendsten Prinzipien des Kriegsrechts missachtet und mit Füßen getreten haben.

Nach Angaben des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte haben die russischen Streitkräfte bewohnte Gebiete unterschiedslos beschossen und bombardiert, wobei Zivilistinnen und Zivilisten getötet und Krankenhäuser, Schulen und andere zivile Infrastruktur zerstört wurden – Handlungen, die als Kriegsverbrechen einzustufen sein könnten. Nach Angaben des Chefanklägers des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) hat der IStGH hinreichenden Grund zu der Annahme, dass dabei Verbrechen begangen werden, die seiner Gerichtsbarkeit unterliegen.

Heute möchte ich auf das besondere Leid, aber auch auf den Heldenmut der Frauen und Mädchen in der Ukraine näher eingehen. Jeder neue Tag bringt neue grausame Bilder und weitere grauenvolle Schilderungen von Frauen und Mädchen, die von den russischen Aggressoren vergewaltigt wurden. Vor einigen Tagen erklärte die Exekutivdirektorin von UN Women vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, dass „zunehmend von Vergewaltigungen und sexueller Gewalt“ berichtet werde.

Die Beweise, die in Butscha, dieser Landschaft des Grauens, ans Tageslicht gekommen sind, zeigen, dass russische Soldaten aus Rache für ihre Niederlage nicht nur rücksichtslos und sadistisch gemordet haben. Eine Frau wurde in einem Keller als Sexsklavine

gehalten, ehe man sie kaltblütig exekutierte. 25 Mädchen im Teenageralter wurden in einem Keller in Butscha festgehalten und vergewaltigt; neun von ihnen sind inzwischen schwanger. Einer Gruppe ukrainischer weiblicher Kriegsgefangener wurde in russischer Gefangenschaft die Köpfe rasiert und sie mussten sich nackt ausziehen.

An einer anderen Front wurden in Odessa am Vorabend des orthodoxen Osterfestes drei Generationen ein und derselben Familie, eine Großmutter, eine Mutter und ihre kleine Tochter durch russischen Artilleriebeschuss getötet. Diese schmerzlichen Geschichten lassen sich beliebig fortsetzen. Die russischen Täter töten doppelt, indem sie solche verabscheuungswürdigen Verbrechen begehen und sie dann systematisch leugnen.

Unsere Hochachtung gilt den tausenden tapferen ukrainischen Frauen und Mädchen, die für den Frieden in ihrem Land kämpfen und sich dafür einsetzen, sowie all jenen, die angesichts dieser Schrecke offen ihre Meinung sagen und einander gegenseitig unterstützen.

Herr Vorsitzender,

wie anders in Russland, wo wir erleben, wie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für den Krieg unter dem Motto „Ich schäme mich nicht“ (Мне не стыдно) Stimmung machen. Erstens sollten sich alle, die diese Verbrechen stillschweigend oder öffentlich unterstützen, wirklich schämen. Zweitens ist es bezeichnend, dass sie das Bedürfnis haben, diese Taten mit diesem Slogan zu rechtfertigen, was darauf hindeutet, dass sie tief im Inneren eigentlich wissen, dass es sich dabei um schändliche Taten handelt.

Und drittens sollten diejenigen, die für all diese Verbrechen verantwortlich sind, persönlich zur Rechenschaft gezogen werden. Die Botschaft sollte unmissverständlich lauten: Niemand, der sexuelle Gewalt als Kriegstaktik gefördert, angewendet oder geplant hat, wird der Gerechtigkeit entgehen.

Auf dem Westbalkan, auf dem sich vor nicht allzu langer Zeit große Konflikte und großes Leid zugetragen haben, mussten wir erleben, wie sexuelle Gewalt als Kriegstaktik, insbesondere gegen Frauen und Mädchen, eingesetzt wurde. In den späten 1990er Jahren wurde sexuelle Gewalt im Kosovo-Konflikt in großem Umfang als verabscheuungswürdige Kriegswaffe und als Instrument zur Demütigung eingesetzt. Das hat sowohl bei den Überlebenden als auch in der Gesellschaft tiefe Spuren hinterlassen. Noch zwei Jahrzehnte später kämpfen die Überlebenden noch immer für Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.

Aber wir werden den juristischen Aufarbeitungsprozess in Bezug auf die Ukraine bis zum Ende mittragen. Ganz gleich, wie lange er dauern wird. Albanien hat sich den einschlägigen internationalen Prozessen angeschlossen und unterstützt alle Bemühungen, Beweise zu sammeln und zu sichern sowie diese verabscheuungswürdigen Verbrechen zu untersuchen und zu bestrafen. Erst gestern hat Albanien gemeinsam mit Frankreich und in Zusammenarbeit mit der Ukraine eine Sitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen im Arria-Format zum Thema „Sicherstellung der Rechenschaftspflicht für die in der Ukraine begangenen Gräueltaten“ organisiert. Die Veranstaltung wurde von rund vierzig Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen unterstützt.

Es ist beruhigend, dass das Vorgehen Russlands eine bemerkenswerte Annäherung zwischen den internationalen Akteuren ausgelöst hat, die alle die Rechenschaftspflicht

unterstützen. Es ist unsere Pflicht, Stellung zu beziehen und unseren Beitrag zu leisten, wenn unschuldige Zivilpersonen getötet, wenn Frauen als Kriegswaffe benutzt und Mädchen und Jungen sexuell missbraucht werden.

Bei der Rechenschaftspflicht geht es um den Schutz der Grundlagen der Menschlichkeit, der Charta der Vereinten Nationen, des humanitären Völkerrechts, der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie unserer gemeinsamen Werte und unserer gemeinsamen Verantwortung.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.
Danke.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

eine der größten Krisen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hält leider unvermindert an, trotz aller diplomatischen Bemühungen, diesen Krieg zu beenden.

Der Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine bringt Tod und Verwüstung über das ganze Land, mit weitreichenden Folgen für den Erdball.

Wir bedauern, dass selbst der Aufruf des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu einer humanitären Pause während der Osterzeit ungehört verhallte.

Die humanitäre Not in der Ukraine ist groß. Die Menschen haben weder Lebensmittel noch Wasser oder Medikamente. Millionen Menschen benötigen dringend humanitäre Hilfe.

Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen wurde etwa ein Viertel der gesamten Bevölkerung entweder innerhalb der Ukraine oder ins Ausland vertrieben. 90 Prozent der Vertriebenen sind Kinder und Frauen.

Mit Hilfe konzertierter Bemühungen sollte verhindert werden, dass die Rechte dieser Flüchtlinge, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, nicht missbraucht oder verletzt werden.

Wir dürfen auch nicht vergessen: Diese Zahlen sind keine bloßen Statistiken. Sie bilden den Schmerz echter Menschen ab – vor allem den der Kinder. Wir können den Schmerz der Ukraine mitfühlen und teilen ihn.

Die Evakuierung der Zivilbevölkerung und die Bereitstellung von humanitärer Hilfe haben Priorität. Mariupol ist der dringendste Fall.

Darüber hinaus sind wir besorgt über Berichte über die rechtswidrige Inhaftierung von nationalen Mitgliedern der Sonderbeobachtungsmission in der Ukraine. Sie sind unverzüglich freizulassen. Solche Aktionen müssen aufhören.

In der Ukraine braucht es dringend eine dauerhafte Waffenruhe und eine politische Lösung für die anhaltende humanitäre Tragödie. Die Alternative zu einer Verhandlungslösung ist ein langwieriger Krieg, der immer schwieriger zu kontrollieren sein wird und mehr Menschenleben fordern und zunehmende Zerstörung mit sich bringen wird.

In diesem Sinne hat sich die Türkei aktiv für die Vermittlung diplomatischer Gespräche und die Linderung der tragischen humanitären Folgen dieses Krieges eingesetzt.

Präsident Erdoğan, Außenminister Çavuşoğlu und Verteidigungsminister Akar halten engen Kontakt zu ihren ukrainischen und russischen Amtskollegen.

Wir hoffen, dass die wichtige Dynamik des Treffens von Istanbul erhalten bleibt. Das käme allen zugute.

Die Türkei ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten jede Hilfe zu leisten und jede Unterstützung einschließlich Vermittlung anzubieten. Unser Ziel war es immer, Frieden, Stabilität und Wohlstand in unserer Region zu sicherzustellen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass der Generalsekretär der Vereinten Nationen vor seiner Reise nach Moskau und Kyjiw der Türkei einen Besuch abstattete und am 25. April mit Präsident Erdoğan zusammentraf. Die Arbeit der Organisationen der Vereinten Nationen im humanitären Bereich in der Ukraine zu erleichtern, ist unter den derzeitigen Umständen von größter Wichtigkeit.

Herr Vorsitzender,

ich möchte auch noch einmal betonen, dass die Türkei die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Hoheitsgewässer nachdrücklich unterstützt.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beifügen zu lassen.

Danke.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Wir stellen fest, dass die Schlussfolgerung des Berichts nach dem Moskauer Mechanismus, wonach Russland der Aggressor und daher direkt oder indirekt für alles menschliche Leid in der Ukraine verantwortlich ist, weiterhin Gültigkeit hat, da dieser Krieg weitergeht.

Kanada ist zutiefst besorgt über die schwere humanitäre Krise, die durch den rechtswidrigen, nicht provozierten und nicht zu rechtfertigenden Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt, entstanden ist. Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) schätzt, dass 13 Millionen Menschen auf der Flucht sind, und das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) berichtet von Tausenden von Opfern unter der Zivilbevölkerung, die durch absichtliche, unterschiedslose Angriffe verursacht wurden. Es gibt Berichte über russische Lastwagen, die in Mariupol Leichen zu Massengräbern transportieren. Städte und Dörfer in der Ostukraine stehen nach wie vor unter Angriff. Wir sind entsetzt, dass Russland auf ukrainischem Gebiet Antipersonenminen einsetzt, wie aus einem kürzlich erschienenen Bericht von Human Rights Watch hervorgeht. Wir verurteilen den Einsatz dieser unterschiedslos wirkenden Waffen auf das Schärfste und fordern Russland auf, ihren Einsatz sofort einzustellen.

Herr Vorsitzender,

Russland führt in der Ukraine einen brutalen Vernichtungskrieg, der das ukrainische und das russische Volk sehr teuer zu stehen kommt. Das russische Narrativ, man handle im Interesse der russischsprachigen Bevölkerung, ist unhaltbar. Wir wissen, dass ethnische Russinnen und Russen und Russischsprachige in der Ukraine die russischen Truppen nicht mit offenen Armen empfangen haben – im Gegenteil, sie haben heftig gegen sie protestiert und Widerstand geleistet. Wir wissen, dass die durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine ausgelösten Wirtschaftssanktionen die russische Bevölkerung teuer zu stehen kommen werden. Wir wissen, dass die bürgerlichen und politischen Rechte und Freiheiten in Russland Angriffen ausgesetzt sind. Wir wissen, dass das Regime von Wladimir Putin unabhängige Medien ausgeschaltet, die Schließung von Menschenrechtsorganisationen erzwungen und Tausende friedlicher russischer Bürgerinnen und Bürger, die gegen seinen

Krieg protestieren, verhaftet hat. Wir können sehen, dass Putin und seine Regierung die Zukunft Russlands als einen Ort ohne Gedanken-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit konzipieren. Während Russland weitere Schritte unternimmt, um die bürgerlichen und politischen Freiheiten in Russland einzuschränken und den Zugang zu und die Verbreitung von Informationen, die von der offiziellen Linie über den Krieg abweichen, zu erschweren und zu gefährden, zeichnet sich immer deutlicher ab, dass Putin jetzt dabei ist, alle Fortschritte der letzten Jahre in Russland zunichte zu machen und wieder einen totalitären Staat zu errichten.

Herr Vorsitzender,

die russischen Narrative über den Krieg sind nicht plausibel und finden in der Welt keinen Widerhall, denn die Welt kann sehen, dass Russland in seiner Isolation einen unrechtmäßigen und ungerechtfertigten Krieg führt. Russlands Blitzkriegoffensive und der Versuch, Kyjiw einzunehmen, sind am heftigen Widerstand gescheitert, da die Entschlossenheit der Ukrainerinnen und Ukrainer, ihr Land zu verteidigen, falsch eingeschätzt worden war. Auch die erneute russische Offensive im Osten kommt trotz ihrer brutalen und rechtswidrigen Taktik, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt, nur sehr langsam voran.

Russland ist auch dabei, seinen Propagandakrieg zu verlieren. So wissen wir beispielsweise, dass die Versenkung des Kriegsschiffs Moskwa durch ukrainische Streitkräfte viel, viel mehr Opfer gefordert hat, als Russland offiziell zugeben wollte: „Eine zynische und dreiste Lüge“, so bezeichnete ein Elternteil eines Matrosen der *Moskwa* den Umgang der russischen Behörden mit dem Vorfall.

Russland hat mit seiner absurden Vorstellung, die Ukraine und Russland seien ein und dasselbe, keinen Erfolg. Das sind sie nicht. Die Ukraine ist nicht Russland. Die Ukraine geht ihren eigenen Entwicklungsweg, der sich vom autokratischen Regierungsmodell unterscheidet und auf der Achtung der Menschenrechte, der Rechenschaftspflicht und der Demokratie beruht. An dieser Stelle sei eines klagend festgestellt: Die Ukraine hat jedes Recht dazu. Putin hat nicht das Recht, die Ukraine zu reglementieren. Er hat nicht das Recht, über ihre Staatlichkeit zu befinden. Er hat nicht das Recht, ihre Geschichte zu schreiben. Und er hat auch nicht das Recht, ihre Zukunft zu bestimmen.

Herr Vorsitzender,

Tyrannie darf und wird sich nicht durchsetzen. Gemeinsam mit den vielen, die die Ukraine unterstützen, wird Kanada die Ukraine auch in Zukunft weiterhin begleiten – nicht nur, indem es den von den russischen Behörden verbreiteten falschen Darstellungen entgegentritt und die Fähigkeiten der Ukraine stärkt, die russische Aggression abzuwehren, sondern auch, indem es dafür sorgt, dass Russland für diesen durch nichts provozierten Krieg vor Gericht gestellt und zur Rechenschaft gezogen wird. Um die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs zu unterstützen, hat das Programm zur Verfolgung von Kriegsverbrechen des kanadischen Justizministeriums in Zusammenarbeit mit der *Royal Canadian Mounted Police* eine landesweite systematische Untersuchung des Vorwurfs von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Ukraine eingeleitet, um sicherzustellen, dass die Informationen und Beweise, die man von den nach Kanada eingereisten Ukrainerinnen und Ukrainern erhalten hat, ordnungsgemäß dokumentiert und für künftige strafrechtliche

Ermittlungen sichergestellt werden. Russland muss für seine Verstöße gegen die Genfer Konventionen über die Behandlung von Zivilpersonen geradestehen und zur Verantwortung gezogen werden.

Russland wird mit der Schande und den Konsequenzen seines Handelns leben müssen. Russland wird damit leben müssen, dass es seiner Verantwortung als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nicht gerecht geworden ist. Es wird damit leben müssen, dass es gegen seine Verpflichtungen aus dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) verstoßen hat. Russland wird damit leben müssen, dass es unsere gemeinsamen OSZE-Verpflichtungen, einschließlich der Prinzipien der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der Staaten, auf deren Aufnahme in die Schlussakte von Helsinki es bestanden hat, verletzt und missachtet hat.

Wir fordern Russland erneut auf, der rechtsverbindlichen Anordnung des Internationalen Gerichtshofs zur Aussetzung seiner militärischen Operationen in der Ukraine unverzüglich nachzukommen. Außerdem fordern wir Russland auf, seine Streitkräfte und militärische Ausrüstung unverzüglich aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen. Waffenstillstand ist eine Option. Diplomatie ist eine Option. Auf dem Weg zur Wiederherstellung des Vertrauens werden Schritte in Richtung Rechenschaftspflicht von entscheidender Bedeutung sein. Wir fordern Russland auf, die richtige Entscheidung zu treffen und diesem sinnlosen Krieg jetzt ein Ende zu machen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS**

Danke.

Norwegen schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an, möchte jedoch aus nationaler Sicht einige Anmerkungen hinzufügen.

Herr Vorsitzender,

wir kommen heute erneut zusammen, um über den durch nichts provozierten und unrechtmäßigen Angriff Russlands auf die Ukraine zu beraten; dabei sollten wir uns daran erinnern, dass dieser gewollte Krieg nicht am 24. Februar, sondern vor mehr als acht Jahren begonnen hat. Er hat begonnen, als die Russische Föderation die Krim vorübergehend annektierte und Truppen und Waffen nach Donezk und Luhansk schickte, um den fiktiven separatistischen Bewegungen beizustehen, die es angeblich in den östlichen Teilen dieser Oblaste gab. Seither herrscht Krieg, ein Krieg, der von der Russischen Föderation kräftig geschürt wurde und vor zwei Monaten zu einem Großangriff auf das gesamte Land eskalierte.

Wir möchten daran erinnern, dass als Reaktion auf diese Handlungen Russlands im März 2014 die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) mit dem Mandat entsandt wurde, die vereinbarte Waffenruhe zu beobachten, zum Abbau der Spannungen und zur Förderung des Friedens in der Ukraine beizutragen.

Doch leider hat die Geschichte der SMM jüngst eine unglückliche Wendung genommen. Russland war nicht bereit, das Mandat der SMM zu verlängern. Zudem erreichen uns beunruhigende Berichte über eine zunehmende Zahl an Verhaftungen und Verfolgungen von nationalen Mitgliedern der SMM, die sich derzeit in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten von Donezk und Luhansk aufhalten.

Wir schließen uns der Forderung des Amtierenden Vorsitzenden und der Generalsekretärin der OSZE nach einer sofortigen Freilassung dieser nationalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SMM an. Und wie sie verurteilen auch wir die beklagenswerten Einschüchterungen, Belästigungen und feindseligen öffentlichen Äußerungen gegen die SMM und Missionsangehörige in den vorübergehend von der Russischen Föderation besetzten Gebieten der Ukraine.

Wir, Russland eingeschlossen, haben der SMM ihr Mandat erteilt. Wir, Russland eingeschlossen, haben die Beobachterinnen und Beobachter eingestellt. Es ist völlig inakzeptabel, dass hinter der Inhaftierung und Schikanie von Personen ein OSZE-Teilnehmerstaat steht, der ihrer Entsendung zugestimmt hat. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass dieses Verhalten eines Teilnehmerstaates die Sicherheit des nationalen Personals der SMM gefährdet und die Feldmissionen im Allgemeinen infrage stellt. Dies ist, gelinde gesagt, ein äußerst unglücklicher Präzedenzfall.

Herr Vorsitzender,

wir bewundern nach wie vor die Professionalität, das Engagement und den Mut, mit denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SMM ihre Aufgaben sowohl vor als auch nach ihrer Verlegung erfüllt haben. Ihre Arbeit war in vielen Bereichen sehr wichtig, nicht nur für die Berichterstattung über Verletzungen der Waffenruhe, sondern auch bei der Kontaktaufnahme mit maßgeblichen Akteurinnen und Akteuren und der Zivilgesellschaft sowie bei der Ermöglichung örtlicher Feuerpausen zur Instandsetzung unverzichtbarer Infrastruktur. Mit ihrer Tätigkeit haben die Beobachterinnen und Beobachter für die örtliche Bevölkerung Gutes getan, indem sie dazu beigetragen haben, menschliches Leid zu lindern.

Wir pflichten Generalsekretärin Schmid bei, dass alle nationalen Missionsangehörigen OSZE-Bedienstete bleiben sollten, und ihnen auch nach Ablauf des Mandats dienstliche Immunität gewährt werden sollte.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GEORGIENS**

Herr Vorsitzender,

Georgien schließt sich der Erklärung der Delegation der Europäischen Union an. Als Vertreterin meines Landes möchte ich noch die folgenden Anmerkungen hinzufügen.

Der russische Angriffskrieg bringt weiterhin verheerende Schäden und menschliches Leid über die Ukraine. Infolge der anhaltenden direkten und wahllosen Angriffe der Besatzungstruppen auf Zivilpersonen und zivile Infrastruktur steigt die Zahl der Todesopfer täglich. Wir verurteilen erneut aufs Schärfste die massiven Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und fordern, dass diese abscheulichen Verbrechen vor Gericht gebracht werden.

Leider gingen der Artilleriebeschuss und die Bombardierung durch Russland auch während der orthodoxen Osterfeiertage unvermindert weiter.

Wir bedauern zutiefst, dass die Lage in Mariupol nach wie vor kritisch ist, und die Bevölkerung dort seit über zwei Monaten ohne Wasser, Lebensmittel und medizinische Versorgung festsetzt. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen um die Einrichtung humanitärer Korridore, vor allem in Mariupol, wo für die einheimische Bevölkerung im Stahlwerk Asowstal und in der Stadt eine sichere Evakuierungsmöglichkeit geschaffen und humanitäre Hilfe für die in der Stadt Verbliebenen bereitgestellt werden sollte. Wie die Generalsekretärin zu Recht feststellte, ist es für die Menschen in der Ukraine, in der Russischen Föderation und in den Ländern rundherum desto besser, je früher dieser Krieg beendet wird.

Herr Vorsitzender,

die georgische Delegation schließt sich der Aussage der Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden und der Generalsekretärin der OSZE vom 24. April betreffend die Inhaftierung nationaler Mitglieder der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine in Donezk und Luhansk an und fordert ebenfalls deren sofortige Freilassung.

Wir sind besorgt über die Pläne Russlands, im besetzten Cherson ein fingiertes „Referendum“ abzuhalten. Dieses sogenannte Referendum und seine Ergebnisse wären natürlich null und nichtig, so wie die Abstimmung auf der Krim im Jahr 2014. Sollte es durchgeführt werden, würde dies eine weitere Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine durch Russland darstellen.

Herr Vorsitzender,

wir fordern Russland auf, seinen durch nichts provozierten und ungerechtfertigten Angriff einzustellen, der Anordnung des Internationalen Gerichtshofs Folge zu leisten und alle seine Streitkräfte und Waffen aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen.

Georgien bekräftigt seine unverbrüchliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und des Donbass, sowie für die Schifffahrtsrechte der Ukraine in ihren Hoheitsgewässern.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ISLANDS**

Island schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an. Gestatten Sie mir jedoch, einige Anmerkungen im Namen der isländischen Delegation hinzuzufügen.

Zunächst bedanken wir uns für die Einberufung des Ausschusses zur menschlichen Dimension und des Wirtschafts- und Umweltausschusses des Ständigen Rates diese Woche; beide Treffen sind wichtigen Themen im Zusammenhang mit der Lage in der Ukraine und der russischen Aggression gewidmet, das erste den Rechten von Kindern und Jugendlichen in Konflikten und das zweite den zunehmenden Sicherheitsrisiken aufgrund von Umweltgefahren und der Beschädigung kritischer Energieinfrastruktur.

Wir haben Aussagen von Expertinnen und Experten gehört, die betonen, dass der Krieg lang andauernde tragische Folgen hatte und weiter haben wird, die wir heute nicht zur Gänze absehen können, insbesondere für die ukrainischen Kinder und jungen Menschen und ihre Zukunft. Rund die Hälfte der 5,3 Millionen Flüchtlinge, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind, sind Kinder, und weitere Millionen von Kindern sind Binnenvertriebene, was sie gleichermaßen einem enormen Risiko des Menschenhandels und der Ausbeutung aussetzt.

Die russischen Truppen töten, verwunden und traumatisieren weiterhin Millionen Kinder, vor allem durch unterschiedslose Angriffe, die Schulen, Krankenhäuser und Wohngebäude zerstören. Zusätzlich zu seinen verheerenden menschlichen Kosten hat der Krieg eine großflächige Zerstörung der Umwelt und des Ökosystems, von Kultur- und religiösen Gebäuden und ziviler Infrastruktur verursacht. Er hat auch das Vertrauen und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Staaten aufs Spiel gesetzt und bedroht die globale Nuklear-, Nahrungsmittel- und Energiesicherheit.

Herr Vorsitzender,

es ist jetzt dringender denn je, unser Bekenntnis zur Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu stärken. Mit der Verabschiedung dieser Resolution wurde das Prinzip verankert, dass sich die volle und bedeutsame Mitwirkung von Frauen an Entscheidungen, Verhandlungen und der Friedenskonsolidierung positiv auf die nachhaltige Sicherheit auswirkt.

Wir müssen dringenden sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen der OSZE-Raum und die Welt konfrontiert sind, mit Diplomatie im Rahmen einer regelbasierten internationalen Ordnung begegnen, in der die Charta der Vereinten Nationen, das Völkerrecht und die OSZE-Verpflichtungen geachtet werden. Russlands Angriffskrieg und seine eklatanten Verstöße gegen das Völkerrecht stellen für uns alle eine ernste Bedrohung dar, wie auch die Klimakrise. Kinder und junge Menschen blicken auf die führenden Politikerinnen und Politiker auf der ganzen Welt und fragen sich, welche Welt sie ihnen hinterlassen werden.

Wir bekräftigen die Aufforderung an Russland samt seinem Mitaggressor Belarus, der Zerstörung und dem Leid, die es verursacht, ein Ende zu setzen, seine Truppen abzuziehen, seine internationalen Verpflichtungen einzuhalten und mit diplomatischen und friedlichen Mitteln im guten Glauben an einer Lösung mitzuwirken. Ich möchte Islands volle und unverbrüchliche Unterstützung für die Ukraine und für deren Freiheit, Souveränität und territoriale Integrität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Gewässer zum Ausdruck bringen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und darf Sie bitten, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LETTLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Lettland schließt sich der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an; ich möchte jedoch als Vertreterin meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Mykolajiw, Tschernihiw, Tscherniwzi, Tscherkassy, Sumy, Schytomyr, Saporischschja, Donezk, Luhansk, Lwiw, Iwano-Frankiwnsk, Odessa, Dnipro, Irpin, Butscha, Hostomel, Cherson, Charkiw, Mariupol.

Wenn Sie mir eine unbeschriftete Karte der Ukraine gäben, könnte ich die Lage dieser Städte ziemlich genau angeben. Vor dem 24. Februar kannte ich nur einige von ihnen. Und ich wünschte, ich würde ihre Lage aus einem anderen Grund kennen.

Doch ich befürchte, dass wir bald genauso viele russische Städte und Dörfer kennenlernen werden, von den wir eigentlich gar nicht erfahren wollen – und schon gar nicht aus den Gründen, aus denen wir von ihnen hören werden, nämlich wegen der Menschen aus der Ukraine, die in diese russischen Städte und Dörfer deportiert wurden.

Eine sehr traurige Art des Geografieunterrichts.

Eine Art, die wir seit einem Jahrhundert kennen.

Viele Staaten, die einst von Russland besetzt waren, darunter auch Lettland, kennen diese Deportationen nur zu gut. Sie begannen sofort, nachdem Russland 1940 die Grenze Lettlands überquert hatte und dauerten sogar mehr als ein Jahrzehnt später noch an.

Insgesamt wurden rund 60 000 Menschen aus Lettland in abgelegene Regionen Russlands und anderer von ihm besetzter Republiken deportiert. Sie wurden in Viehwaggons deportiert. Viehwaggons.

Was erwartete sie am Bestimmungsort? Hunger, Kälte, Angst, Gewalt, Krankheit und Verzweiflung. Die Deportierten wurden als Faschisten bezeichnet und entsprechend behandelt.

Nur zur Erinnerung: Ich spreche jetzt über das Jahr 1941.

Diese zwei Bücher¹ erzählen die Geschichten von 3 750 Kindern im Alter von 16 Jahren oder darunter, die an einem einzigen Tag aus Lettland deportiert wurden. Tatsächlich geben diese Bücher nur einen kleinen Teil dieser Erfahrungen wieder, denn sie erzählen nur die Geschichten derer, die überlebten. Es handelte sich um lettische, jüdische, russische und polnische Kinder. Egal wie alt sie waren, wie lange sie überlebten, jedes von ihnen hatte schon eine eigene Lebensgeschichte.

Genau wie die drei Monate alte Kira, die von russischen Raketen in Odessa getötet wurde, schon ihre eigene Geschichte hatte.

Jetzt deportiert Russland Ukrainerinnen und Ukrainer. Wieder. Berichten zufolge wurden bereits rund eine halbe Million Menschen aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine nach Russland deportiert. Hundertzwanzigtausend von ihnen sind Kinder. Hundertzwanzigtausend in zwei Monaten. Wenn Sie nachrechnen, ist jeder Tag in der Ukraine ein Tag, wie er in diesen zwei dicken Büchern beschrieben wird.

Wie viele Bücher werden wir schreiben müssen?

Russland gelang es mit seinen Deportationen lettischer Bürgerinnen und Bürger weder, die lettische Nation zu zerstören, noch ließ uns die Politik der Russifizierung, die fast fünf Jahrzehnte dauerte, die lettische Sprache vergessen, und auch das Verbot, unsere Feste, wie die Wintersonnenwende, zu feiern, konnte unsere Kultur nicht zerstören.

Die Ukraine litt unter Sowjetrußland unter einer ähnlichen Politik und ähnlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Es ist verabscheuungswürdig, dass Russland nun versucht, die Ukraine erneut dieser Erfahrung auszusetzen.

Doch Russland wird niemals Erfolg haben.

Russland wird es niemals gelingen, die Ukraine zu unterjochen und die ukrainische Nation zu zerstören.

Eine Nation, in der eine Großmutter von ihrem Balkon aus mit einem Glas eingelegter Tomaten ein unbemanntes Luftfahrzeug abschießt, lässt sich nicht niemals zerstören.

Die Ukraine und die ukrainische Nation sind unbesiegbar.

1 *The Children of Siberia. We had to tell this ...*, Teil I, A–K (1 180 Seiten), Teil II, L–Ž (1 448 Seiten) (Fonds Sibīrijas bērni, 2011).

Slawa Ukrajin!

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MOLDAUS**

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,

die Delegation der Republik Moldau heißt Claus Neukirch im Ständigen Rat erneut willkommen und dankt ihm für den umfassenden und hochaktuellen Bericht über die den Stand der Dinge und die jüngsten sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Region Transnistrien meines Landes im sich wandelnden regionalen Sicherheitskontext.

Meine Delegation teilt die Einschätzung, die in der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung zum Ausdruck kam.

In der Tat hat der fortgesetzte Krieg in der Ukraine große negative Auswirkungen auf die Nachbarländer, auch auf die Republik Moldau. Wir sind mit neuen Herausforderungen an unseren Grenzen, aber auch innerhalb des Landes konfrontiert, die in erster Linie von dem unberechenbaren Sicherheitsumfeld ausgehen. Bedauerlicherweise wurde diese Verunsicherung im Hinblick auf die Sicherheit in der Region Transnistrien vor einigen Wochen durch falsche Bombenalarne in Schulen und medizinischen Einrichtungen noch weiter geschürt. Durch die jüngsten Angriffe auf eine Reihe sensibler Einrichtungen erreichen die Spannungen ein neues Niveau. Unserer Auffassung nach zielen diese Zwischenfälle eindeutig darauf ab, eskalierende Reaktionen zu provozieren und die Region Transnistrien und die gesamte Republik Moldau in den laufenden Krieg hineinzuziehen. Wer auch immer hinter dieser Eskalation steht, darunter möglicherweise bestimmte Kräfte in der Region Transnistrien, die Republik Moldau wird ihren Kurs der Bewahrung des Friedens und der Stabilität fortsetzen und alle Schritte, die diesem Ziel zuwiderlaufen, entschlossen verurteilen.

Gleichzeitig hat Tiraspol unter dem Vorwand, die Sicherheit in der Region zu gewährleisten, eine sogenannte „rote“ Sicherheitswarnstufe ausgerufen und verschiedenen Beschränkungen verhängt, insbesondere den Verkehr betreffend, die 15 Tage lang gelten. Wie wir feststellen, zählt zu diesen Maßnahmen eine übermäßige und ungerechtfertigte Einschränkung der Bewegungsfreiheit verschiedener Kategorien von Bürgerinnen und Bürgern durch die Einrichtung von Blockposten an unerlaubten Kontrollpunkten entlang der Verwaltungsgrenze. Mit Bedauern stellen wir fest, dass dieses Vorgehen das Regime der

Selbstisolierung der Region sowie erhebliche und missbräuchliche Hindernisse für den freien Verkehr zwischen den beiden Ufern des Nistru wiederherstellt. Diese Vorgehensweise wird somit den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage nur gefährden und negative Folgen für die Sicherheit mit sich bringen.

Exzellenzen,

wie bereits erwähnt, hat die derzeitige Krise die Erfolgsaussichten des Prozesses zur Beilegung der Transnistrien-Frage beeinträchtigt. Unser Ansatz ist trotzdem unverändert. Moldau plädiert für eine ausschließlich friedliche Beilegung des Konflikts auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität Moldaus innerhalb seiner international anerkannten Grenzen, mit einem Sonderstatus für die Region Transnistrien unter Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des wiedervereinten Staates.

Aufgrund der russischen militärischen Aggression gegen die Ukraine mussten wir das ursprünglich für den Mai geplante „5+2“-Treffen verschieben, womit der gesamte Prozess im „5+2“-Format und die Bayern-Konferenz auf Eis gelegt sind. Doch Chişinău wird den konstruktiven Dialog und Austausch mit Tiraspol fortsetzen, sowohl auf Ebene der Chefunterhändlerinnen und -unterhändler im Rahmen der sektorenbezogenen Arbeitsgruppen als auch in der Gemeinsamen Kontrollkommission, mit dem Ziel, neu aufkommende Fragen im Interesse der Menschen auf beiden Seiten des Flusses Nistru zu lösen. Wir begrüßen den heute beginnenden Besuch des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Thomas Mayr-Harting, und des Sondergesandten des Amtierenden Vorsitzenden, Artur Dmochowski.

Lassen Sie mich nun auf eine Reihe konkreter Aspekte der Beilegung des Transnistrien-Konflikts eingehen.

Was die Bewegungsfreiheit betrifft, stellen wir mit Bedauern fest, dass Tiraspol seit 26. April die Bewegungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger unter dem Vorwand der Ausrufung einer sogenannten roten Sicherheitswarnstufe wiederholt schwer eingeschränkt hat, indem es Filtrationsstellen und Betonblöcke an rechtswidrigen Kontrollposten errichtet hat; Tiraspol hat ein System schriftlicher, präventiver Benachrichtigungen eingeführt, auch gegenüber Vertreterinnen und Vertretern diplomatischer Missionen und internationaler Organisationen. Wir erleben also, wie sich das Szenario der Selbstisolierung der Region wiederholt – ähnlich wie im Zeitraum vom 16. März 2020 bis 30. April 2021. Wir sind sehr besorgt über diese Entwicklungen und die einseitigen und mehrfachen Verletzungen seiner Verpflichtungen durch Tiraspol in Bezug auf die Bewegungsfreiheit, die am rechten Ufer bis jetzt nicht eingeschränkt worden ist.

Die grundlegenden Standpunkte Moldaus zu politisch-militärischen Fragen sind unverändert: Der illegale Charakter der Präsenz der Einsatzgruppe der russischen Streitkräfte auf dem Hoheitsgebiet der Republik Moldau widerspricht den Grundsätzen des Völkerrechts, den Bestimmungen der Schlussakte von Helsinki und der Verfassung von Moldau. Wir fordern nach wie vor den bedingungslosen Abzug der russischen Truppen samt Munition aus dem Hoheitsgebiet Moldaus. Auch unser Standpunkt in Bezug auf die Umwandlung des derzeitigen friedenserhaltenden Einsatzes am Nistru in eine multinationale zivile Mission unter einem geeigneten internationalen Mandat gilt weiterhin. Wir hoffen, in Kürze wieder auf diese Fragen zurückkommen zu können.

Was die Gesundheitslage angeht, so setzte Chişinău vor dem Hintergrund der andauernden COVID-19-Pandemie seine Bemühungen um die Stärkung des Gesundheitssystems des Landes fort. Die Moldauer Behörden teilten die humanitäre Hilfe stets mit der Region Transnistrien, darunter persönliche Schutzausrüstung, leistungsstarke medizinische Geräte und 423 000 Impfdosen. Darüber hinaus nahmen dieses Jahr rund 180 medizinische Fachkräfte vom linken Ufer des Nistru an Weiterbildungen in verschiedenen Fachbereichen teil, die von der Staatlichen Universität für Medizin und Pharmazie in Chişinău veranstaltet wurden. Dies ist ein weiteres Beispiel für die Bemühungen, die zwischen den beiden Ufern des Nistru Vertrauen aufbauen sollen.

Außerdem hat Claus Neukirch die Frage der Einfuhr von Medikamenten und Pflanzenschutzprodukten zur Verwendung in der Region Transnistrien angesprochen. Mehrere Punkte möchte ich diesbezüglich erwähnen.

Zunächst müssen nach der Schließung der Grenzübergänge entlang des zentralen (transnistrischen) Abschnitts der ukrainisch-moldauischen Grenze alle Einfuhren für transnistrische Unternehmen die moldauische Zollabfertigung durchlaufen. Fairerweise wird die Einhaltung der bestehenden rechtlichen Bestimmungen von allen Unternehmen, auf beiden Seiten des Nistru, verlangt. Die moldauischen Behörden haben eine umfangreiche Liste von Vorschlägen und Empfehlungen herausgegeben, die die Einfuhr von Medikamenten und Pharmazeutika in die Region erleichtern und die bestehenden Besorgnisse ausräumen würden.

Deshalb arbeiten die moldauischen Einrichtungen zum Zwecke der Einhaltung der notwendigen Bestimmungen mit den Unternehmen aus der Region Transnistrien, gewähren ihnen alle notwendige Unterstützung und sind nach Kräften bemüht, ihre Tätigkeit in den Rahmen des einheitlichen Wirtschafts- und Handelsraums zu stellen, im Einklang mit dem im ganzen Land geltenden Rechtsrahmen. Alle Erklärungen Tiraspol über eine sogenannte „Blockade“ sind falsch. Die Frage der medizinischen Versorgungsgüter wird auf der Ebene des Ausschusses für Notfallsituationen zur Erörterung eingebracht. Chişinău ist nach wie vor dafür offen, die Erörterung im Rahmen der Arbeitsgruppe zu Gesundheitsfragen fortzusetzen. Die Aufrechterhaltung des Dialogs und die Einhaltung notwendiger Standards sind beides Voraussetzungen, um geeignete Lösungen zu finden.

Was die Kfz-Kennzeichen betrifft, so ist die Ausgabe von Kennzeichen in neutralem Format in den zwei Kfz-Zulassungsstellen in Ribinata und Tiraspol seit letztem Dezember ausgesetzt. Die Kfz-Zulassungsstellen arbeiteten weiterhin mit Einschränkungen. Tiraspol hat die Herausgabe einer Lieferung von unbeschrifteten Kfz-Kennzeichen in transnistrischem Format, die von der moldauischen Zollbehörde am 22. Dezember 2021 beschlagnahmt und daraufhin für weitere Ermittlungen der Polizei übergeben wurden, zur Bedingung für die Wiederaufnahme der Ausgabe von Kennzeichen in neutralem Format gemacht. In weiterer Folge hat die Polizei Verfahren eingeleitet, die Sache ist vor Gericht anhängig. Inzwischen hat Chişinău Tiraspol wiederholt eindringlich aufgefordert, diese Entwicklungen nicht mit dem Betrieb der Kfz-Zulassungsstellen zu verknüpfen und diese wiederzueröffnen. Alle unsere Forderungen blieben ergebnislos.

Was das Land der Bäuerinnen und Bauern betrifft, so ist ihre Sache unklar, angesichts der Ankündigung Tiraspol, die Gültigkeitsdauer des Protokollbeschlusses von 2017 laufe

Ende Juni aus. Wie Sie sich vielleicht erinnern, beeinträchtigen die einseitigen Maßnahmen Tiraspol den Zugang der Bewohnerinnen und Bewohner zu ihren landwirtschaftlichen Nutzflächen in Dubasari. Bei zahlreichen Gelegenheiten hat Chişinău Tiraspol ersucht, seine zuvor vereinbarten Verpflichtungen einzuhalten und den Zugang der Menschen zu ihrem Grund und Boden zu gewährleisten.

Was die Menschenrechte betrifft, sind wir nach wie vor tief besorgt über die Unterdrückung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Region Transnistrien. Die Delegationen der OSZE-Teilnehmerstaaten haben diesbezüglich mehrfach ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht. Es ist alarmierend, dass die internationalen Appelle, den Menschenrechtsverletzungen ein Ende zu setzen, vom Regime in Tiraspol weiterhin ignoriert werden. Wir bauen auf Ihre tatkräftige Unterstützung und Mitwirkung dabei, Tiraspol dazu zu bewegen, der politischen Druckausübung gegenüber Andersdenkenden und den rechtswidrigen Inhaftierungen und Verurteilungen Einhalt zu gebieten sowie die politischen Gefangenen unverzüglich freizulassen. Die neuen Einschränkungen könnten zusätzlichen Menschenrechtsverletzungen den Boden bereiten.

Leider stehen die Schulen mit Unterricht in lateinischer Schrift seit 2002 immer noch vor denselben Herausforderungen, die zu systemischen Verstößen führen. Nach wie vor erfolgt der Unterricht in ungeeigneten Räumlichkeiten, ganz zu schweigen von den Fällen, in denen der Bildungsprozess durch Schikanen und Einschüchterung behindert wird.

Herr Vorsitzender,

die moldauische Delegation möchte einige Anmerkungen im Zusammenhang mit der gerade abgegebenen Erklärung des Vertreters der Russischen Föderation machen, in der angebliche „Provokationen und diskriminierende Maßnahmen“ gegenüber russischen Medien und das Verbot von Gedenksymbolen auf dem Hoheitsgebiet der Republik Moldau erwähnt wurden.

Was die erste Frage anbelangt, so sollen die von den nationalen Behörden ergriffenen Maßnahmen die Bevölkerung vor Desinformation und Manipulation schützen. Und zweitens: niemand in Moldau kämpft gegen die Symbole unserer historischen Erinnerung. Das neue Gesetz zielt in erster Linie darauf ab, die Verwendung von Symbolen zu verbieten, die militärische Aggression verherrlichen. Wie die Präsidentin der Republik Moldau sagte: „Die Menschen werden der Heldinnen und Helden gedenken können, die im Zweiten Weltkrieg, in dieser blutigen, gegen die Menschlichkeit und das friedliche Zusammenleben der Völker gerichteten Feuersbrunst gekämpft haben“.

Herr Vorsitzender,

da dies der letzte Bericht von Claus Neukirch als Leiter der OSZE-Mission in Moldau ist, möchten wir ihm für seine Bemühungen und seinen Einsatz in den vier Jahren, die sein Mandat währte, danken. Die Delegation wünscht Claus Neukirch viel Erfolg für seine künftigen Vorhaben.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

ich möchte mit einigen Zahlen beginnen. Herr Vorsitzender, Sie zitieren seit heute Morgen Daten und beziehen sich auf Informationen, die von der ukrainischen Seite stammen, diese sind aber unseres Wissens allesamt undokumentiert und bedürfen einer zusätzlichen Überprüfung. Die Daten, die ich Ihnen nun zu den Zerstörungen und den Opfern unter der lokalen Bevölkerung der Volksrepublik Donezk geben werde, sind sehr vielsagend. Alle diese Daten sind dokumentiert, samt Personalien der Betroffenen und Todesursachen und auch hinsichtlich der Zerstörung von Infrastruktur.

In den vergangenen zwei Monaten wurden allein auf dem Gebiet der Volksrepublik Donezk 85 Zivilpersonen getötet, 367 Zivilpersonen unterschiedlich schwer verletzt, und etwa 3 000 Häuser und mehr als 600 zivile Infrastruktureinrichtungen zerstört, darunter mindestens 36 medizinische Einrichtungen (Krankenhäuser, Kliniken und sogar Hundekliniken), 25 kritische Infrastruktureinrichtungen, etwa 300 Strom-, Wasser- und Gasversorgungseinrichtungen sowie 90 Bildungseinrichtungen und 155 soziale Einrichtungen, darunter Kinderläden. Es ist schwer vorstellbar, dass die Vertreter von Donezk und Luhansk sich selbst unter Beschuss nehmen. Die Fakten stehen fest: wer geschossen hat, von wo aus und mit welcher Art von Waffen.

Nun zum Hauptthema der Erörterung. Heute möchten wir besonderes Augenmerk auf die Versorgung der ukrainischen Regierung mit tödlichen Waffen durch das Ausland legen.

Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass die NATO-Länder das Kyjiwer Regime weiterhin massiv mit Waffen beliefern. Dies geschieht unter Verstoß gegen die einschlägigen völkerrechtlichen und innerstaatlichen Beschränkungen betreffend die Militarisierung in Krisenregionen, wo solche Waffen zur Destabilisierung der Lage oder zur Verletzung von Menschenrechten eingesetzt werden könnten. Wir haben bereits wiederholt betont, dass die unkontrollierte Verbreitung vieler dieser Waffen, einschließlich tragbarer Flugabwehrsysteme und ähnlicher Waffentypen, auch über den grenzüberschreitenden Schmuggel, in naher Zukunft eine unmittelbare und nie dagewesene Bedrohung für die gesamteuropäische Sicherheit einschließlich der zivilen Verkehrsverbindungen, darstellen wird.

Die Länder, die die Ukraine mit diesen Waffen beliefern, erkennen das Problem übrigens auch selbst an. So merkte Pentagonchef Lloyd Austin, der am 24. April Kiew besuchte, an, dass die Vereinigten Staaten von Amerika „kaum den Überblick behalten“, was mit den in die Ukraine gelieferten Waffen geschieht. Doch selbst das hält die US-Behörden und ihre Verbündeten nicht davon ab, weiterhin Waffen in die Ukraine zu pumpen, was es unwahrscheinlicher macht, dass das Land zu einem friedlichen Leben zurückkehrt. Auch der verehrte Vertreter der Vereinigten Staaten hat sich heute damit gebrüstet. Die Vereinigten Staaten machen aus ihrer diesbezüglichen Haltung keinen Hehl, indem zunächst der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs Mark Milley und dann Außenminister Antony Blinken erklärten, dass die Militäraktionen in der Ukraine „noch lange dauern werden“. Ist das nicht das Ziel?

Die Vereinigten Staaten sind nicht das einzige Land, das seit Jahren die Destabilisierung der Ukraine finanziert, um sicherzustellen, dass die naturgemäß engen historischen und kulturellen Bande des Landes mit seinen Nachbarn gekappt werden. So hat die Regierung Polens nach Angaben der polnischen Behörden seit Anfang dieses Jahres Waffen und militärische Ausrüstung im Wert von mehr als 1,6 Milliarden Dollar an das Kyjiwer Regime geliefert. Darüber hinaus hat sich Polen zu einem Umschlagplatz beziehungsweise einer logistischen Drehscheibe für den Transport von Waffen und ausländischen Söldnern in die Ukraine entwickelt, deren Präsenz weiterhin Leid über die Zivilbevölkerung bringt – offen gestanden, ein sehr zweifelhafter Ruf für einen „ehrlichen Makler“ in der OSZE.

Auf der letzten Sitzung hat die Ständige Vertreterin der Europäischen Union insistiert, es bestehe „kein Grund, sich die Mühe zu machen“, die Mengen an in den letzten Monaten von verschiedenen europäischen Ländern bereitgestellten Militärgütern aufzulisten. Wir sind uns bewusst, dass diese Informationen für einige in diesem Saal besonders peinlich sein könnten, da diese Lieferungen gegen EU- und gesamteuropäische Normen einschließlich der im Rahmen der OSZE entwickelten Prinzipien verstoßen. Nichtsdestoweniger möchten wir noch einmal unterstrichen: Solche Aktionen zielen darauf ab, Instabilität in der Nähe der russischen Grenzen zu schaffen und den Lebensstandard und die Lebensqualität in der Ukraine zu senken, und haben nichts mit einem aufrichtigen Wunsch zu tun, zur Stärkung der ukrainischen Staatlichkeit beizutragen. Der einzige Zweck, zu dem der Westen die Ukraine braucht, besteht in der Untergrabung der russischen Souveränität und der Konterkarierung der nachhaltigen Entwicklung Russlands.

Er versucht diese Ziele über die Förderung einer nationalistischen, neonazistischen und militaristischen Ideologie zu erreichen. Nach dem Staatsstreich im Februar 2014 haben einige westliche Länder jahrelang dazu beigetragen, in der Ukraine ein Gedankengut der Russophobie, der Menschenfeindlichkeit und des ukrainischen nationalen Ausschließlichkeitsanspruchs zu kultivieren. Trotz der Verbreitung dieser Ideologie zeigten die Präsidenten- und Parlamentswahlen in der Ukraine im Jahr 2019, dass diese „Werte“ von der großen Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung entschieden abgelehnt werden. Nachdem sie jedoch erst einmal das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewonnen hatten, täuschten Wolodymyr Selenskyj und seine politische Bewegung die Ukrainerinnen und Ukrainer, indem sie unter strenger Aufsicht durch das Ausland den Kurs einer erzwungenen Ukrainisierung und der Verbannung alles Russischen aus dem öffentlichen und politischen Leben der Ukraine fortsetzten. Sie führten eine militärische Strafaktion gegen die Bewohnerinnen und Bewohner des Donbass durch, sabotierten die Minsker Vereinbarungen und schufen, indem sie die Ukraine militärisch von der NATO vereinnahmten, eine von

ukrainischem Hoheitsgebiet ausgehende unmittelbare Bedrohung für Russland. Darüber hinaus hat die ukrainische Regierung unter Anleitung von NATO-Ausbildern praktische Einsätze geübt und konkrete militärische Pläne für eine Offensive entlang der gesamten Kontaktlinie im Donbass und auch auf dem Hoheitsgebiet der Nachbarstaaten ausgearbeitet.

Die russische Spezialoperation zielt darauf ab, die vom Kyjiwer Regime unterdrückte Bevölkerung der Volksrepubliken Donezk und Luhansk zu schützen und von ukrainischem Hoheitsgebiet ausgehende militärische Bedrohungen für die Nachbarstaaten, in erster Linie die Russische Föderation, zu verhindern.

Klarerweise sind die externen Strippenzieher der Ukraine über den Erfolg der russischen Operation nicht erfreut. In diesem Zusammenhang weisen wir auf die hetzerischen Ratschläge einiger Länder an die politisch-militärische Führung der Ukraine hin, in denen zu einem Angriff auf das angrenzende russische Hoheitsgebiet aufgerufen wird. Mit solchen Äußerung hat sich beispielsweise unlängst der britische Parlamentarische Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium James Heappy hervorgetan: „Es ist völlig legitim, dass die Ukraine in die Tiefe des russischen Raums zielt, um die Logistik zu stören.“ Darüber hinaus wurde die ukrainische Regierung aufgefordert, die von der britischen Regierung in großer Menge an die Ukraine gelieferten Waffen zu diesem Zweck einzusetzen. Der Wunsch nach einer noch stärkeren Militarisierung der Ukraine wurde am 25. April im britischen Unterhaus auch vom britischen Verteidigungsminister Ben Wallace selbst zur Sprache gebracht.

Dieser Ansatz ist wenig überraschend, investiert doch das Vereinigte Königreich seit Jahren in Propaganda für den Krieg in der Ukraine. Man denke nur an die methodischen Aufforderungen, nicht weiter eine politische und diplomatische Beilegung des Konflikts im Donbass im Rahmen der Minsker Vereinbarungen auf der Grundlage eines direkten Dialogs mit den Vertreterinnen und Vertretern von Donezk und Luhansk zu verfolgen.

Wir betonen: Alle ausländischen Waffen, die von NATO-Ländern an die Ukraine geliefert wurden, um Bürgerinnen und Bürger Russlands, der Ukraine, der Volksrepublik Donezk (DNR) und der Volksrepublik Luhansk (LNR) zu töten, sind im Rahmen der russischen militärischen Spezialoperation legitime militärische Ziele.

Im Zuge der militärischen Spezialoperation haben die russischen Streitkräfte und die Einheiten der DNR und der LNR wichtige Gebiete der Volksrepubliken Donezk und Luhansk, die gesamte Region Cherson sowie Teile der Regionen Charkiw, Saporischschja und Mykolajiw befreit. In diesen Gebieten leben die Menschen wieder in Frieden, Einrichtungen der kritischen öffentlichen Infrastruktur, die soziale Infrastruktur, Unterkünfte und die kommunalen Dienstleistungen werden rasch wiederhergestellt, und die Aussaat von Feldfrüchten hat begonnen. Herr Vorsitzender, wenn Sie uns die Gelegenheit böten, echtes Filmmaterial zu zeigen – zum Beispiel davon, wie die Menschen in Cherson jetzt leben und wie die Lage in anderen befreiten Regionen ist –, würden Sie alle sehen, dass dort wieder Normalität einkehrt. Leider wird uns diese Möglichkeit nicht gewährt. Sie können sich jedoch in den sozialen Netzwerken darüber informieren. Zugleich stellen wir fest, dass das Kyjiwer Regime die lokale Bevölkerung weiterhin an der Rückkehr in die befreiten Gebiete hindert, indem sie alle von der russischen Seite eröffneten humanitären Korridore blockiert.

Es wurde heute auch über Mariupol und das Azowstal-Werk gesprochen. Seit einigen Wochen werden von morgens bis abends humanitäre Korridore angekündigt, damit die von

den Asow-Nationalisten festgehaltenen Zivilpersonen das Areal verlassen können. Auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat sich sowohl in Moskau als auch in Kyjiw dazu geäußert. Aber was kann denn noch mehr getan werden? Lassen Sie die Zivilistinnen und Zivilisten gehen und strecken Sie die Waffen! Das ist der Ansatz, der zum Frieden führt. Doch es soll nicht sein.

In Mykolajiw haben Kämpferinnen und Kämpfer der „Territorialverteidigungs-bataillone“ in der Nähe des Mykolajiwer Flugzeugreparaturwerks funkgesteuerte mit Splintern gefüllte Sprengsätze installiert, die sie zünden wollen, sobald dort viele Zivilpersonen versammelt sind, um dann den russischen Streitkräften die Schuld an deren Tod in die Schuhe zu schieben. In der von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Stadt Lyssytschansk in der Volksrepublik Luhansk hat die 57. motorisierte Infanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte den Markt im Stadtzentrum unter Artilleriebeschuss genommen, woraufhin die Trümmer entfernt und Leichen toter ukrainischer Militärangehöriger in Zivilkleidung dorthin gebracht wurden. Dann wurde der Ort ukrainischen und ausländischen Journalistinnen und Journalisten gezeigt. Wir möchten Sie schon jetzt vorwarnen, dass uns Pläne der ukrainischen Regierung bekannt sind, in den Medien und im Internet Falschinformationen über angebliche russische Gräueltaten in Lyssytschansk zu verbreiten.

Es versteht sich von selbst, dass wir diese und andere Provokationen und Fälschungen der ukrainischen Regierung, mit denen das Vorgehen der russischen Streitkräfte in den Schmutz gezogen werden soll, weiterhin mit Fakten widerlegen werden. So geschehen bei dem angeblichen Luftangriff auf die Entbindungsklinik in Mariupol, dem Beschuss des Bahnhofs in Kramatorsk und den Versuchen, dem russischen Militär „Massenhinrichtungen von Zivilpersonen“ in Butscha, Borodjanka und Irpin in der Region Kyjiw anzulasten. Die veröffentlichten Fakten und Beweismittel, auch solche aus unabhängigen Quellen, zeigen, dass ukrainische bewaffnete Formationen hinter diesen Vorfällen stecken. Wir wissen auch, wer von den externen Strippenziehern des Kyjiwer Regimes bei diesen kriminellen Handlungen die Regie geführt hat. Übrigens hat der russische Präsident auf die Frage von Generalsekretär António Guterres nach den Ereignissen in Butscha ausdrücklich gesagt, dass wir mit Sicherheit wissen, wer für diese Inszenierung verantwortlich ist.

Die Europäische Union hat kürzlich beschlossen, Mittel für die weitere Verbreitung ukrainischer Desinformation bereitzustellen. Es gibt Berichte über die Finanzierung der Arbeit der Kommission, die die vermeintlichen Gräueltaten in Butscha untersucht: 7,5 Millionen Euro werden für die „Ausbildung“ ukrainischer Strafverfolgungsbeamtinnen und –beamter bereitgestellt, damit diese die angeblichen „Verbrechen der russischen Armee“ untersuchen können.

Dies ist gleichbedeutend mit der Finanzierung des angestrebten politisch voreingenommenen Ergebnisses der sogenannten Ermittlungen, das nichts mit dem tatsächlichen Sachverhalt zu tun haben wird. Ein solches Framing ist in allen Bereichen zu erkennen. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass die Europäische Union mitnichten den gleichen Eifer an den Tag gelegt hat, als sie einen Beitrag dazu hätte leisten können, nähere Informationen zu wahren, tragischen Ereignissen ans Licht zu bringen – den Schießereien auf dem Maidan im Februar 2014 oder den blutigen Vorfällen in Odessa im Mai 2014, als Dutzende Menschen bei lebendigem Leib verbrannt wurden. Und wir verstehen, warum einige westliche Länder interessiert waren, diese Informationen vor der ukrainischen

Gesellschaft zu verbergen, denn sie waren von entscheidender Bedeutung für die Vollendung des Staatsstreichs.

Es ist bezeichnend, dass die ukrainischen Nachrichtendienste, um in Bezug auf all diese Ereignisse die Wahrheit zu verbergen, selbst vor den schmutzigsten Methoden nicht zurückschrecken. Am 25. April wurde in Russland eine Gruppe von Mitgliedern der Neonazi-Terrororganisation *National Socialism/White Power* festgenommen, weil sie im Auftrag des ukrainischen Sicherheitsdienstes die Ermordung einer Person des öffentlichen Lebens – des bekannten russischen Journalisten Wladimir Solowjow – geplant hatte. Darüber hinaus erwogen sie laut Aussage der Inhaftierten die Ermordung der Journalistinnen und Journalisten Dmitri Kisseljow, Margarita Simonjan, Olga Skabejewa und Jewgeni Popow. Die Mitglieder der Gruppe gaben an, dass sie nach Begehung des Verbrechens in die Ukraine fliehen wollten. Und wieder einmal vernehmen wir von der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit Teresa Ribeiro keinerlei Reaktion auf die Geschehnisse. Betrachtet sie russische Journalistinnen und Journalisten etwa als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse?

Zugleich übertreiben es die westlichen Medien in dem Versuch, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, es gebe in der Ukraine keine Manifestation von Neonazismus, bis zur völligen Absurdität. So ist beispielsweise ein Artikel in der deutschen Zeitung „Die Welt“ mit dem Titel „Die Lüge vom ‚neonazistischen Bataillon‘ und die Schuld des Westens“, der zur Verteidigung des ukrainischen Asow-Bataillons veröffentlicht wurde, mit einem Foto einer Versammlung seiner Mitglieder illustriert. Es zeigt die Embleme von SS-Einheiten und ein modernisiertes Emblem der SS-Panzer-Division „Das Reich“. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass man sich bei der „Recherche“ erst gar nicht die Mühe macht, die Hasstiraden der Befehlshaber des Bataillons, die von ihnen produzierte Literatur und die Fakten betreffend ihre Beteiligung an Verbrechen gegen friedliche Ukrainerinnen und Ukrainer überhaupt zu studieren. Ist es wirklich so schwer, auf die eigene Geschichte in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts zurückzublicken und sich der Massenmorde zu entsinnen, die unter den gleichen Fahnen und im Namen der gleichen Ideen schon damals begangen wurden? Handeln die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zeitung hier aus Unvermögen oder vielmehr im bewussten Versuch, die Neonazis in der Ukraine zu legitimieren?

Betrachten wir die Sache einmal unvoreingenommen. Die Behörden in Kyjiw versuchen, die internationale Gemeinschaft und sich selbst davon zu überzeugen, dass es in der Ukraine keine Manifestationen von Neonazismus gebe. Aber gegen wen führen sie denn Krieg, und mit wem verbünden sie sich? In den letzten Wochen wurden in den von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Gebieten auf erschreckende Weise Gedenkstätten für diejenigen, die im Zweiten Weltkrieg gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatten, geschändet. Auf Anweisung der Behörden wurde in Kyjiw der Obelisk auf dem Siegesplatz geschändet, in Mukatschewo das Sammelgrab der Soldaten und das Denkmal für die Befreiung vom Faschismus zerstört, in Charkiw das Denkmal für den herausragenden Heerführer Georgi Schukow auf barbarische Weise demoliert (und anschließend auf eine Müllhalde geworfen) und in einer Reihe von Städten in der Westukraine Denkmäler für die Soldaten der Befreier zerstört. Und was ist mit der OSZE-Führung? Nichts als Schweigen.

Die ukrainische Regierung missbraucht die Zivilbevölkerung weiterhin für militärische Zwecke. Hier einige Beispiele aus jüngster Zeit: In der Stadt Krasnyj Lyman in der Volksrepublik Donezk, die derzeit noch unter der Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte steht, haben Kämpferinnen und Kämpfer ukrainischer Verbände einen Stützpunkt in einem

Pflegeheim errichtet. Das Personal und die Patientinnen und Patienten werden als menschliche Schutzschilde gewaltsam festgehalten. Im städtischen Krankenhaus in der Lomonossow-Straße in Kostjantyniwka, einer weiteren von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Stadt in der Volksrepublik Donezk, haben ukrainische Militärangehörige sämtliche Patientinnen und Patienten ungeachtet ihres Gesundheitszustands zynisch hinausgeworfen und nutzen das Gebäude nun für ihre eigenen Zwecke. In Saporischschja ist eine Einheit der ukrainischen Streitkräfte im Notfallkrankenhaus der Stadt in der Siegesstraße stationiert, gepanzerte Fahrzeuge und Artilleriestellungen befinden sich in unmittelbarer Nähe der Klinik.

Ukrainische Nationalisten halten weiterhin 90 ausländische Staatsangehörige aus fünf Ländern als menschliche Schutzschilde gefangen. Darüber hinaus sitzen 75 ausländische Schiffe aus 17 Ländern in sieben Häfen fest (Cherson, Mykolajiw, Tschornomorsk, Otschakiw, Odessa, Juschno und Mariupol). Die Gefahr durch Artilleriebeschuss und die extreme Bedrohung durch Minen, die von ukrainischen Formationen in den Binnengewässern und Hoheitsgewässern der Ukraine geschaffen wurde, hindert Schiffe daran, in See zu stechen.

All diese Handlungen der ukrainischen Seite zeugen erneut von einer barbarischen Einstellung gegenüber dem menschlichen Leben und von einer völligen Missachtung der Normen der Moral, des humanitären Völkerrechts und anderer bestehender Verpflichtungen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates der OSZE als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 3 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FRANKREICHS
(AUCH IM NAMEN VON BELGIEN, BULGARIEN, DÄNEMARK,
DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND, GRIECHENLAND, IRLAND,
ISLAND, ITALIEN, KROATIEN, LETTLAND, LITAUEN,
LUXEMBURG, MALTA, MONACO, DEN NIEDERLANDEN,
NORWEGEN, ÖSTERREICH, POLEN, PORTUGAL, RUMÄNIEN,
SCHWEDEN, DER SLOWAKEI, SLOWENIEN, SPANIEN, DER
TSCHECHISCHEN REPUBLIK UND ZYPERN)**

Ich gebe diese Erklärung als Vertreterin meines Landes sowie im Namen der folgenden Teilnehmerstaaten ab: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Monaco, Norwegen, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik und Zypern.

Diese Liste ist vorläufig und wird in der schriftlichen Fassung des zu verteilenden Textes konsolidiert werden.

Am 25. April verurteilte das 13. Hohe Strafgericht von Istanbul Osman Kavala, einen prominenten Menschenrechtsverteidiger, zu lebenslanger Haft ohne Bewährung und befand ihn des versuchten Umsturzes der Regierung für schuldig. Sieben weitere Angeklagte wurden zu 18 Jahren Haft verurteilt.

Wir bedauern dieses Urteil zutiefst, das weniger als drei Monate, nachdem das Ministerkomitee des Europarats ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Türkei eingeleitet hat, weil sie sich weigert, das rechtlich bindende Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte umzusetzen, ergangen ist. Im Dezember 2019 entschied der Gerichtshof, dass bei der Inhaftnahme Kavalas keine ausreichenden Beweise für die Begehung einer Straftat vorlagen. Er stellte fest, dass die Verhaftung und die Untersuchungshaft einem anderen Zweck dienten, nämlich ihn zum Schweigen zu bringen und andere Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger von der Ausübung rechtmäßiger Tätigkeiten abzubringen.

Als Mitglied des Europarats ist die Türkei verpflichtet, die Entscheidungen des Gerichtshofs umzusetzen. Die anhaltende Weigerung, diese Urteile umzusetzen, verstärkt die

Bedenken der Europäischen Union hinsichtlich der Einhaltung internationaler und europäischer Standards durch die türkische Justiz. Wir fordern die Türkei auf, sich an ihre internationalen Verpflichtungen zu halten.

Wir fordern die Türkei auf, Osman Kavala freizulassen. In den heutigen herausfordernden Zeiten sind der Schutz und die Wahrung unserer gemeinsamen Werte, insbesondere der Schutz der Menschenrechte, von größerer Bedeutung denn je.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 3 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ISLANDS**

Island schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an, wir möchten jedoch in nationaler Eigenschaft einige Bemerkungen hinzufügen:

Das Recht auf ein faires Verfahren, eine unabhängige und unparteiische Justiz und ein vertrauenswürdiges Justizsystem sind wesentliche Grundpfeiler einer demokratischen und gerechten Gesellschaft. In der Europäischen Menschenrechtskonvention heißt es: „Jede Person hat das Recht, dass [...] von einem unabhängigen und unparteiischen [...] Gericht in einem fairen Verfahren, öffentlich und innerhalb angemessener Frist verhandelt wird.“ Darüber hinaus sind in der Verfassung der Türkei und in ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen sowie in den OSZE-Verpflichtungen das allgemeine Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit festgeschrieben.

Wir sind höchst besorgt über die Entscheidung des 13. Hohen Strafgerichts von Istanbul, den Menschenrechtsverteidiger Osman Kavala zu lebenslanger Haft zu verurteilen, sowie über die Verurteilung sieben weiterer Angeklagter. Die Entscheidung ist auf jeden Fall ungerecht und steht im Widerspruch zu den internationalen Verpflichtungen der Türkei, den Menschenrechten, den Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit.

Wir fordern die Türkei auf, Kavala freizulassen, das rechtsverbindliche Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte umzusetzen und ihren internationalen Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 3 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Wir haben die Erklärungen zur Rechtssache Mehmet Osman Kavala und andere zur Kenntnis genommen.

Dieser Fall wird von einer unabhängigen Justiz bearbeitet. Nach der türkischen Verfassung wird die richterliche Gewalt von unabhängigen Gerichten ausgeübt, und die Richterinnen und Richter treffen ihre Entscheidungen im Einklang mit der Verfassung, mit den Gesetzen und im gesetzlichen Rahmen mit ihrer persönlichen Überzeugung.

Kein Organ, keine Behörde, kein Amt und keine Person darf den Gerichten Anordnungen oder Anweisungen erteilen oder Empfehlungen oder Anregungen unterbreiten.

Gegen die Entscheidung des Gerichts können Rechtsmittel eingelegt werden. Mehmet Osman Kavala und andere haben die Möglichkeit, gegen das Urteil des 13. Hohen Strafgerichts von Istanbul in Berufung zu gehen.

Daher ist das Gerichtsverfahren in der Türkei noch nicht abgeschlossen.

Zugleich geht das Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Fall Mehmet Osman Kavala weiter. Wir erwarten, dass der Gerichtshof fair handelt und sein Urteil unter Berücksichtigung der laufenden nationalen Verfahren fällt.

Ich möchte meinen Kolleginnen und Kollegen empfehlen, von Äußerungen Abstand zu nehmen, die als Versuch der Beeinflussung von Gerichtsverfahren ausgelegt werden könnten.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich darum, unsere Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

1371. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1371, Punkt 4 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

ich sehe, dass niemand Interesse an dem Bericht über die Tätigkeit des Vorsitzes gezeigt hat. Das ist schade. Ich habe einige Fragen und auch ein paar Anmerkungen zu der gemeinsamen Entscheidung des Vorsitzes und der OSZE-Generalsekretärin, endlich mit der Abwicklung der inzwischen aufgelösten OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine zu beginnen.

Zunächst möchte ich mich beim Vorsitzenden des Ständigen Rates erkundigen, ob ein schriftlicher Bericht über die Arbeit des Vorsitzes verteilt werden wird. Ich hoffe, diese Praxis gerät nicht in Vergessenheit. Es wäre wünschenswert, nähere Informationen zu einigen der Punkte zu erhalten, die der Vorsitzende soeben dargelegt hat.

Zweitens möchten wir Klarheit darüber erhalten, wie es um den Status der am 5. Mai bevorstehenden Konferenz in Warschau bestellt ist. Warum wird die Konferenz im Ständigen Rat der OSZE angekündigt? Was versteht der Vorsitz unter „Geberkonferenz“? Unseres Wissens haben weder der Generalsekretär der Vereinten Nationen noch die Leiterinnen und Leiter der Sonderprogramme für humanitäre Hilfe in der Ukraine die OSZE um die Unterstützung, Ermöglichung oder Ausrichtung wie auch immer gearteter Veranstaltungen im Rahmen des vor kurzem vom Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen Martin Griffiths angekündigten humanitären Plans gebeten. Ich würde gerne genauer wissen, um welche Art von Konferenz es sich handelt, wer eingeladen ist, was auf der Tagesordnung steht und so weiter. Wenn sie auf einem Treffen eines OSZE-Beschlussfassungsorgans angekündigt wird, bedeutet dies, dass alle Teilnehmerstaaten eingeladen sind. Es handelt sich jedoch nicht um eine Veranstaltung unserer Organisation: Es wurde kein Beschluss darüber gefasst, und die Tagesordnung wurde nicht diskutiert. Es gibt hier also eine Menge Fragen.

Drittens gibt es, was die Funktionsweise der OSZE-Troika anbelangt, leider keine politischen Leitlinien für ihre Arbeit, wobei alle Versuche – 25 an der Zahl seit 1994, wenn ich mich richtig erinnere –, Mechanismen zu schaffen, damit sie gemäß den gemeinsam vereinbarten Normen funktioniert, bisher gescheitert sind. Hier einige Fragen an den Vorsitzenden des Ständigen Rates, der bekanntgab, dass die Troika mit dem Außenminister der Ukraine zusammengetroffen sei: In welcher Eigenschaft war der Amtierende Vorsitzende

dort, welche Fragen wurden mit dem ukrainischen Außenminister besprochen, warum wurde nur dieser Minister zu dem Treffen eingeladen, und welche Signale werden nach diesem Treffen an die OSZE-Gemeinschaft gesendet? In der Regel ist die Troika jeweils gehalten, Pressemitteilungen zu veröffentlichen. So wurde jedenfalls bisher verfahren. In Wahrheit funktioniert die Troika in den letzten Jahren kaum noch und ist nur noch dem Namen nach eine Institution. Uns interessiert auch, was sich hinter der Mitteilung des Vorsitzenden des Ständigen Rates verbirgt, dass die Troika die Russische Föderation angeblich zu irgendetwas aufgefordert habe.

Ein weiterer Punkt betrifft die Arbeit des Amtierenden OSZE-Vorsitzenden: Es wurde über seine Teilnahme an einer Veranstaltung in Indien gesprochen. Unseres Wissens hat der Amtierende Vorsitzende Indien in letzterer Eigenschaft und nicht als Außenminister seines Landes besucht, denn es wurde lediglich erklärt, dass er unter anderem darüber informiert habe, wie der OSZE-Vorsitz die Sicherheitslage in Europa in Hinsicht auf die angebliche „Aggression“ einschätze. Wir sind uns bewusst, dass vielen die gemeinsam vereinbarten Regeln für die Vertretung der Organisation auf der internationalen Bühne durch den Vorsitz nicht genehm sind. Ich möchte aus dem Beschluss Nr. 8 des Ministerrats von 2002 in Porto über die Rolle des amtierenden Vorsitzes der OSZE zitieren. Absatz 2 Buchstabe g besagt, der Vorsitz sei „für die Vertretung der OSZE nach außen zuständig. In Wahrnehmung dieser Aufgabe hält der Amtierende Vorsitz über die Vorgehensweise Rücksprache mit den Teilnehmerstaaten und hält sich in seinem Handeln an die Ergebnisse dieser Konsultationen.“ Unserem Verständnis nach gab es keine Konsultation über die Teilnahme des Amtierenden Vorsitzenden, geschweige denn über die Darlegung seiner Ansichten zu den Aktivitäten unserer Organisation im Zuge des vorgenannten internationalen Besuchs. Wir halten dies für eine grobe Verletzung des Mandats des OSZE-Vorsitzes. Ich bitte Sie, diesen Standpunkt dem Amtierenden Vorsitzenden, dem polnischen Außenminister Zbigniew Rau, persönlich zur Kenntnis zu bringen.

Nun zu den Äußerungen des Vorsitzenden des Ständigen Rates und der OSZE-Generalsekretärin über die ehemalige OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM). Wir nehmen zur Kenntnis, dass mit der Abwicklung der Arbeit der SMM begonnen wurde. Das ist auch überfällig. Ich möchte einige Anmerkungen zu den organisatorischen, politischen, rechtlichen und finanziellen Aspekten machen.

In Ermangelung eines Konsenses über eine Verlängerung ihres Mandats existiert die Mission seit 1. April dieses Jahres faktisch nicht mehr. Konsultationen über ihre Zukunft hätten vor diesem Zeitpunkt stattfinden müssen, nicht danach. In den letzten vier Wochen befand sich die frühere Feldoperation jedoch im „Leerlauf“-Modus, der aus irgendeinem Grund als „administrativer Modus“ bezeichnet wurde. Die SMM erhielt weiterhin all ihre Haushaltsmittel, was den Teilnehmerstaaten unvertretbare Kosten aufgebürdet hat.

Die Verträge des SMM-Personals, einschließlich jenes Teils des internationalen Personals, der nicht mehr zur Wahrnehmung von Beobachtungsaufgaben in der Lage war, blieben während dieser Zeit in Kraft. Die betreffenden Personen wurden allesamt in „bezahlten Sonderurlaub“ versetzt. Auftragnehmer und Vermieter, die nicht an mandatsgemäßen Aufgaben beteiligt waren, wurden regelmäßig bezahlt. Natürlich ist uns bewusst, dass die Mission im Zuge ihrer Schließung noch für einige Zeit Rechnungen von Dienstleistern begleichen musste. Aufgrund der Verzögerungen bei der Abwicklung der SMM sind die Kosten jedoch deutlich gestiegen.

Die Gründe für die Nichtverlängerung des SMM-Mandats sind offenkundig, und wir haben sie wiederholt angesprochen. Die Mission hat bei der Erfüllung ihrer wichtigsten, ihr durch das Mandat des Ständigen Rats der OSZE 2014 übertragenen Aufgaben letztlich versagt.

Die Beobachtung machte nur einen Teil der Arbeit der SMM aus. Ihr Hauptziel war es, durch Dialog und Verhandlungen zu einer politischen Lösung beizutragen und weitere Aufgaben im Zusammenhang mit der Erleichterung der Einstellung der Feindseligkeiten, dem Abzug schwerer Waffen und Ausrüstungen, Konsultationen zu Kommunalwahlen und der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die auf Basis der mit Hilfe der OSZE vereinbarten „Steinmeier-Formel“ den Status der nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete auf Dauer festschreiben würde – kurz: im Hinblick auf eine politische und diplomatische Lösung der Krise den Dialog zu erleichtern. Eine solche Lösung hätte, wie wir in Erinnerung rufen möchten, mit Hilfe der OSZE im Einklang mit dem Minsker Maßnahmenpaket, das durch die Resolution 2202 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gebilligt wurde, bis Ende 2015 fertig umgesetzt werden müssen.

Außerdem gelang es der Mission nicht, eine Wiederaufnahme der bewaffneten Konfrontation zu verhindern. Die Ermöglichung von Gefechtspausen und der Wiederaufbau ziviler Infrastruktur sind natürlich wichtige Aspekte der Arbeit der ehemaligen SMM. Sie sollten jedoch nicht die vielen anderen Aufgaben der Mission überschatten – das Sammeln von Informationen und die unparteiische Berichterstattung über die Lage im Einsatzgebiet der Mission, die Reaktion auf Berichte über Zwischenfälle und die Herstellung von Kontakten mit den örtlichen Behörden, der Zivilgesellschaft und der örtlichen Bevölkerung.

Das Mandat der SMM ist also am 1. April 2022 ausgelaufen. Man fragt sich, warum es notwendig war, die Auflösung der Mission nach Ablauf ihres Mandats künstlich hinauszuzögern. Welchen Nutzen hat dies der OSZE gebracht? Wie viel hat es gekostet, dass die Entscheidung zur Schließung dieser Feldoperation nicht zeitgerecht getroffen wurde? Wir richten diese Fragen an die Generalsekretärin.

Wir sind der Ansicht, dass die Verantwortung für die ineffiziente Verwendung des Haushalts der SMM in den letzten vier Wochen direkt beim Vorsitz liegt, da dieser im Grunde eine nicht verfahrensgemäße Verlängerung ihrer Finanzierung ohne entsprechendes Mandat formalisiert hat.

In diesem Zusammenhang möchten wir hervorheben, dass die Russische Föderation die Rechtmäßigkeit der den Teilnehmerstaaten am 5. April 2022 unter dem Vorwand der Berufung auf Finanzvorschrift 4.04 ausgestellten Rechnungen für Beitragszahlungen an den SMM-Haushalt nicht anerkennt. Wie wir bereits ausgeführt haben, kann diese Vorschrift nicht auf Feldoperationen Anwendung finden, deren Mandat abgelaufen ist.

Noch ein letzter Punkt: Unserem Verständnis nach sollte den Teilnehmerstaaten im Einklang mit den Finanzvorschriften und der gängigen Praxis der OSZE möglichst bald der Entwurf zu einem technischen Beschluss des Ständigen Rates über die Genehmigung der endgültigen Mittelzuweisungen für die SMM vorgelegt werden, der eine klare Festlegung der für die Schließung der Mission erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen und des Zeitraums, für den die Bereitstellung dieser Ressourcen geplant ist, enthält. In

Ermangelung eines solchen Beschlusses wären die Mittelbindungen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Auflösung der Mission willkürlich und entbehrten einer politischen und rechtlichen Grundlage, und der Jahresabschluss der Mission könnte nach Abschluss des Abwicklungsverfahrens nicht offiziell finalisiert werden.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates der OSZE als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.